

Ausgabe A Nr. 19

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Socar- und Remisegebiet, Ostpreußen, Elbassien, Ostpreußen 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 22. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW 68 - Dönhofs; Direktion
der Diktions-Gesellschaft, Dönhofsstr. 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark, Restbeilage 4. — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das letztgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer zwei letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten halbes Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die n. d. d. h. e. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Sie sind alle Republikaner!

Luther für Republik und Erfüllung. — Ein sonderbarer Kabinettsbeschluss.

Die Frage, warum die Regierung Marx gestürzt wurde, ist noch nicht beantwortet worden. Sie erhob sich nach der Erklärung der Regierung Luther spontan in dem größten Teil der deutschen Presse. Nach der gestrigen Rede des neuen Reichskanzlers ist sie nur noch aktueller.

Das neue Kabinett besteht in seiner Mehrheit aus Deutschnationalen und den Deutschnationalen nahestehenden Beamten. Brauns, Geßler und Stresemann bilden sozusagen seinen „linken Flügel“. In der Zusammensetzung ist also dieses Kabinett entschieden reaktionär. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen sind alle seine bisherigen Äußerungen nichts als Beteuerungen, es sei in keiner Weise reaktionär.

Die Regierung Luther ist zweifellos eine Rechtsregierung. Eine andere Frage aber ist, ob die Rechte sich eine Rechtsregierung so vorgestellt hat.

Noch vorgestern konnte man in den deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ lesen, die schlechte Aufnahme der neuen Regierung im Ausland sei „ein gutes Zeichen“, das Ausland merke eben, daß es mit der schwächlichen Nachgiebigkeit vorbei sei.

Gestern aber hat Herr Luther das Ausland eindringlich um etwas Besseres beteten und ihm versichert, Zweck der neuen Mehrheitsbildung sei doch eigentlich, „den Willen zur Erfüllung“ zur Tat werden zu lassen.

Die Rechtsregierung als Erfüllungsregierung!

Herr Luther sympathisiert mit der „vaterländischen Bewegung“ — aber nur insoweit, als sie den inneren Frieden nicht stört. Wie unsympathisch müssen ihm also die verheerenden Treibereien des „Stahlhelms“, der „vaterländischen Verbände“ und ähnlicher Organisationen sein!

Vom Demokraten Koch in hochnotpeinliches Verhör genommen, expliziert er sich weiter folgendermaßen: Er stelle sich vor die Person des Reichspräsidenten (gegen den eine niederrichtige Interpellation der deutschnationalen Reichstagsfraktion vorliegt), er rüde von Ministerkollegen ab, wenn sie in dem von Koch angegebenen Sinn mit ihrem Amt Mißbrauch treiben, d. h. das Kabinett als Instrument gegen die Republik benutzen wollten.

Mit einem Wort: die Rechtsregierung schwört feierlich alles ab, was die Rechtsdemagogie seit Jahr und Tag landauf landab gepredigt hat.

Zusammengebrochen ist die Hehe gegen die Erfüllungspolitik! Die Rechtsregierung betont feierlich ihren „Willen zur Erfüllung“.

Zusammengebrochen ist auch der Monarchistenschwindel!

Jeder Mensch, der kein politischer Idiot ist, weiß ja längst, daß Deutschland in keiner gegenwärtigen Lage nach außen gar keine andere Politik treiben kann als „Erfüllungspolitik“. Er weiß ebenso gut, daß die Umwandlung der unmöglich gewordenen Monarchie zur Republik kein „Novemberverbrechen“, kein „Dolchstoß“, sondern ein Akt nationaler Wiedergeburt war, daß Deutschland nur noch als Republik leben kann.

Wenn die Rechte etwas anderes behauptete, so hat sie ihre Anhänger schamlos betrogen, und jetzt wird ihr Betrug offenbar.

Die Rechtsregierung präsentiert sich dem stammenden Inland und Ausland als eine republikanische Erfüllungsregierung.

Herr Luther hat, als Pfänder für die Rechte, seiner Absage an die monarchistische Agitation die Bemerkung hinzugefügt, daß nach der Verfassung jedermann seine Meinung frei äußern dürfe, und die Rechte war harmlos genug, dazu zu applaudieren.

Natürlich hat jeder das Recht, seine Meinung zu äußern; aber das Volk hat auch das Recht, mit Mitteln der Verfassung jede Regierung wegzujagen, von deren republikanischer Zuverlässigkeit es nicht überzeugt ist. Darum betont ja auch Herr Luther, daß seine Regierung zuverlässig republikanisch sei.

Der deutschnationalen Dr. Everling, der „Gott sei Dank!“ rief, als Breitscheid die Luther-Regierung als „Stimme zur Monarchie“ bezeichnete, wird von allen Seiten abgelehnt und fallen gelassen. Kein Zweifel mehr: die Schiele, Neuhäus, Schließen, Herat, Westarp, Schlang, Schöninghen, Freitag, Voringhoven sind zuverlässige Republikaner — und Erfüllungspolitiker — geworden.

Aber halt! Ob es nicht eine Enttäuschung?

In seinem Eifer, die republikanische Zuverlässigkeit seiner Regierung zu beweisen, aufgestachelt durch die ironischen Zweifelrufe der Linken, begann Herr Luther in seinen Papieren zu kramen, sodann hob er ein Blatt und sprach die geflügelten Worte:

„Das Kabinett hat einmütig beschlossen, daß die Staatsform nicht geändert werden soll.“

Das Gefächler, das dieser Feststellung folgte, läßt sich schwer schildern. Rufe „Wie gnädig!“ und „Gott sei Dank!“ schwirren durch die Luft, von immer neuen Heiterkeitsausbrüchen begleitet.

Also wirklich! Man hat im Kabinett darüber beraten, ob „die Staatsform geändert werden“ soll, und man hat diese Frage einmütig verneint! Selbst Herr Neuhäus sieht ein, daß Änderungen der Staatsform leichter auf deutschnationalen Restabenden zu preisen als durch Kabinettsbeschlüsse durchzuführen sind, und selbst Herr Schiele kennt die Verfassung und die parlamentarischen Kräfteverhältnisse gut genug um zu wissen, daß der Reichstag einem Kabinettsbeschluss auf Änderung der Staatsform keine Folge geben würde — von sonstigen Schwierigkeiten ganz abgesehen.

Aber, aber — was ist das für eine Regierung, die über solche Dinge erst debattieren und Beschluß fassen muß...!? Schade, daß das Protokoll der Kabinettsitzung, in der beschlossen wurde, „daß die Staatsform nicht geändert werden soll“, der Öffentlichkeit vorenthalten bleibt. Es ist wahrscheinlich recht ausschweifend und gewiß äußerst amüsan.

Gegen links machte Herr Luther nur die eine Bemerkung, daß Breitscheids Äußerung über die Zeitfreiwilligen schaden könne, wenn sie von einer feindlichen Propaganda in übertreibendem Sinn verwertet würde. Darauf ist zu antworten, daß gegen Mißbrauch und Entstellung niemand geschützt ist. Sogar Herr Luther kann es passieren, daß seine Äußerungen auf solche Weise im Ausland ausgebeutet werden. Von den zu erwartenden Beschwerden der Entente über die „schwarze Reichswehr“ jagte er, daß sie voraussichtlich „in großem Umfang“ unbegründet sein würden. Das ist auch unsere Meinung. Wahrscheinlich hat man aus einem Floh einen Elefanten gemacht. Soll man nun sagen, daß auch der Floh nicht existiert, oder soll man ihm den Garau machen und gegen die Auslieferung seiner Leiche die Räumung von Köln eintauschen?

Herr Luther hat ja schon gesagt, daß die Räumungsfrage durch Verhandlungen gelöst werden soll, er hat noch den „deutschen Glauben an Verständigung“, über den Graf Westarp sich lustig macht.

Nicht geringes Aufsehen erregte die Erklärung des Kanzlers, daß die Regierung über das, was sie auf dem Gebiet des Zeitfreiwilligenwesens aus innerpolitischen Gründen getan, der Entente vor längerer Zeit eingehende Mitteilung gemacht habe. Die Regierung sagt es der Entente selbst — aber wenn eine Zeitung es schreibt, wird sie wegen „Landesverrats“ verurteilt.

Herrn Luthers Rede hatte die Wirkung, daß die Demokraten zunächst geneigt sind, nicht offen gegen die neue

Wirths Kampfansage an Luther.

Ein klares und entschiedenes Nein!

Ein Redakteur der „Ana“ (Allgemeine Nachrichtenagentur für die westdeutsche Zentrumspresse) hatte gestern Gelegenheit, den früheren Reichskanzler Dr. Wirth über seine Stellungnahme zur Regierung Luther und zu der vom Reichskanzler abgegebenen Regierungserklärung zu befragen. Herr Dr. Wirth führte gesprächsweise etwa aus:

Ich bin in diesen Tagen öfters nach meiner persönlichen Stellungnahme zur heutigen Reichsregierung und zu ihrer Erklärung gefragt worden. Meine Stellungnahme ist eine klare und eindeutige:

Ich stehe zu dieser Regierung in Opposition

und unterscheide mich nach dieser Richtung von meinen politischen Freunden, welche trotz der Anwesenheit eines offiziellen Verbindungsmannes im Kabinett Luther eine Art wachsame Neutralität als Ausdruck der politischen Meinung des Zentrums beauftragt haben. Diese wachsame Neutralität erganze ich durch wachsame Mißtrauen. Es ist ganz zweifellos in den Reihen der Zentrumsanhänger im Lande eine starke Beunruhigung vorhanden, welche auf eine lebhaft ausgesprochene in unserem Kreise geradezu hindrängt. Die von der Zentrumsfraktion gestern abgegebene Erklärung wird zwar in weitesten Parteilagen zunächst eine gewisse Zurückdrängung des lebhaftesten Protestes gegen die jetzige Reichsregierung herbeiführen, aber die innere Beunruhigung, die in unseren Kreisen herrscht, nicht abstellen können. Dabei darf über die politische Bedeutung der gestrigen Erklärung des Zentrums kein Zweifel aufkommen. Diese Erklärung zieht nach rechts so scharfe Grenzen, daß man es nur schwer verstehen kann, wie das Zentrum bei dieser Erklärung zwei Malter, die ihm nahestehen, in dem Kabinett belassen konnte. Ich persönlich halte das Verbleiben unserer Minister in diesem Kabinett nicht für politisch richtig. Wenn man auch das Zustandekommen der Regierung Luther mit dem starken Rechtsanschlag geduldet hat, weil die Meinung vorherrschte, daß es weiterhin nicht mehr möglich sei, die Regierungskrise fortdauern zu lassen, so ist

für einen entschiedenen Republikaner

trotzdem immer noch die Frage offen, ob es dann nicht besser gewesen wäre, aus sachlichen Erwägungen heraus in diesem Kabinett überhaupt nicht vertreten zu sein. Die Möglichkeit, der Regierung Gelegenheit zu positiver Arbeit zu geben, wäre trotzdem im Bereich der politischen Entwicklung gelegen. Die Zentrumsfraktion hat den anderen Weg vorgezogen. Sie wird aber demjenigen Mitgliedern, die anderer Auffassung sind, durchaus Gelegenheit geben, ihre abweichende Meinung durch Stimmhaltung oder durch ein entschiedenes „Nein“ zum Ausdruck zu bringen. Das Zentrum kennt keinen Fraktionszwang, wie die Geschichte des Zentrums in allen Jahrzehnten zeigt. So nehme ich mir auch

jetzt die Freiheit, als entschiedener Republikaner dieser Regierung gegenüber das klare und entschiedene „Nein“ auszusprechen. Die Zentrumsfraktion hat nunmehr der Regierung ein Arbeitsfeld eröffnet. Außenpolitisch geben wir alle der Regierung Luther die Möglichkeit, die innenpolitische Lage Deutschlands, die ungemein schwierig ist, zu bessern. Diese Chance, die Lage Deutschlands zu bessern, ist eine durchaus ernstgemeinte. Wie man das anstellen muß, nachdem man so stark Rechtskräfte in die Regierung aufgenommen hat, ist lediglich Aufgabe und Sorge der Regierung selbst. In unserem Denken und Handeln spielt die politische Sabotage der Regierungspolitik keine Rolle. Wir denken nicht daran, die Regierung irgendwie durch übertriebene Schritte zu kompromittieren.

In den Reihen des Zentrums ist deshalb die gestrige Rede des Herrn Grafen Westarp als ein schmerzliches Ereignis verurteilt worden. Die Rede des Herrn Grafen Westarp pocht zur Regierungserklärung wie die Faust aufs Auge. Die Empörung über diese Rede war im Zentrum allgemein, und wenn ich mit meinen Freunden unserer Empörung besonderen Ausdruck verleihen habe, so ist das nur zu verständlich. Die Rede des deutschnationalen Sprechers und Führers bedeutet für das Kabinett Luther eine so schwere Belastung, daß der Kanzler wohl allen Anlaß haben wird, dazu Stellung zu nehmen.

Auch eine erneute Stellungnahme des Chefs der Regierung kann unser Mißtrauen nicht beseitigen. Das Zentrum als Ganzes steht der Regierung mit kläglichster Objektivität gegenüber. Ich selbst und meine engeren Freunde lassen uns durch nichts abhalten, als entschiedene Republikaner unsere politische Pflicht zu tun. Diese Pflicht umfaßt auch den Schutz und die besondere

Pflege der republikanischen Verfassung, die wir den Deutschnationalen nicht anvertrauen können.

ohne mit ernster Besorgnis erfüllt zu werden. Uns leiten keinerlei persönliche Abneigungen gegen einzelne hochachtbare Persönlichkeiten. Es dreht sich um das politische Prinzip, das, wenn unser Volk zu einem politischen Volk erzogen werden soll, im parlamentarischen Leben in erster Linie beachtet werden muß. Nur wenn eine klare politische Linie ersichtlich ist, entsteht auch die Aussicht auf eine erfolgreiche Außenpolitik. Gerade die Außenpolitik ist es, die Herrn Reichskanzler Marx und uns abgehalten hat, der Aufrichtung einer Rechtskoalition Luther oder einer Regierung mit starkem Rechtsanschlag zu widersprechen. Will man außenpolitisch vorankommen, so muß man auch den Anschein vermeiden, als ob die Rechte des Reichstages die politische Linie, die Herr Marx lange gegangen ist, umbiegen könnte.

Im Reichstag wurde gestern angenommen, daß etwa ein Duzend Zentrumsabgeordnete mit Dr. Wirth für das „klare entschiedene Nein“ stimmen werden, zu dem sich die Demokraten bisher noch nicht entschließen konnten.

Regierung zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten.

Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bleibt unverändert. Sie traut dieser Regierung der neubelehrten Republikaner nicht und wird ihr Mißtrauen durch ihr Votum bekunden.

Während der Rede des Reichskanzlers schloß der Vizepräsident Rießer den kommunistischen Abgeordneten Schwarz wegen fortgesetzter Lärmhäre für acht Tage aus. Herr Schwarz fügte sich, und die im Saal verbleibenden Kommunisten nahmen, wie ihre Zwischenrufe bewiesen, den Zwischenfall mehr von der humoristischen Seite. Gräfer zu nehmen ist die Erklärung Luthers, daß die Reichsregierung zur Amnestiefrage nichts zu sagen habe. Darüber ist aber viel zu sagen, was die Regierung noch hören wird. Sie wird auch erfahren, daß das für die Sozialdemokraten kein Gegenstand des Mißs und des Straßwells, sondern eine sehr ernste Angelegenheit ist.

Der Reichstag trat gestern um 2 Uhr nachmittags wieder zusammen. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Koch-Beser (Dem.)

betont, das ganze deutsche Volk sei einig in der Verurteilung der rechts- und vertragswidrigen Welterbesetzung der Röhner Zone. Wenn wirklich Verletzungen von untergeordneten Organen vorgekommen sind, so bieten sie doch für die Nichträumung nicht einen Grund, sondern nur einen Vorwand. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden mit aller Kraft darauf drängen, daß auch solche Vorwände aus der Welt geschafft werden.

Weder die Soldatenspieler, noch die Superflugheit untergeordneter Organe darf solche Vorwände schaffen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Wenn jetzt eine Rechtsregierung kommt, so ist das die Folge der fünf Jahre Bedrückung und Mißachtung Deutschlands durch die Entente, die dazu geführt hat, daß schließlich auch das Zentrum matt geworden ist. Jede Regierung wird die Außenpolitik fortsetzen müssen, die wir fünf Jahre lang gemacht haben. Das beweist auch die Regierungserklärung, deren außenpolitischer Teil wir im großen und ganzen zustimmen können. Auch die Deutschnationalen können jetzt keine andere Politik machen. Was sie bisher in großen Reden dagegen vorbrachten, waren Wallungen des Herzens, die nicht bis zum Gehirn vorgedrungen sind. Die Deutschnationalen im Kabinett werden die Außenpolitik auch nicht ändern, sie verschaffen uns aber das Mißtrauen des Auslandes. Dieses Mißtrauen ist unerbittlich. Im Auslandes begehrt man den Irrtum, unsere Deutschnationalen für Wölfe in Schafspelzen zu halten. Tatsächlich haben sie nur Wolfspelze umgehängt, — was darunter steckt, braucht ich nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Wir wünschen von der neuen Regierung nicht Aggressivität und Aktivität, sondern Passivität und Zurückhaltung. Wir werden der Regierung

in der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen. Wir werden nicht dem schlechten Beispiel der Deutschnationalen folgen. In der Erklärung des Reichskanzlers kam das Wort „Republik“ öfter vor als in früheren Regierungserklärungen. Der Führer der Deutschnationalen hat jetzt ein Amt aus der Hand der republikanischen Reichspräsidenten entgegengenommen, während früher die Deutschnationalen die Minister der Republik nicht als rechtmäßig anerkennen wollten. Die Versprechungen und Erläuterungen, die die Deutschnationalen fünf Jahre hindurch abgegeben haben, betrafen sich nicht mit der Regierungserklärung. Entweder sie müssen ihre Wähler verraten oder den Reichskanzler oder abwechselnd alle beide. (Lebhafte Zustimmung links.) Außerdem gründet sich

unser abneuhende Stellung zu der neuen Regierung auf die Art, wie sie zustande gekommen ist, durch den unnötigen Sturz einer Regierung, der wir unser volles Vertrauen schenken. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Des Vorwurfs brauchen wir uns nicht zu schämen, daß wir die Sozialdemokraten nicht in eine feindliche Haltung zum Staat hineindrängen lassen wollten. Darüber haben wir im vorigen Jahre im Reichstag treffliche Ausführungen gehört, daß die Sozialdemokraten dank ihrer nationalen Einstellung zur Mitarbeit herangezogen werden müßten und diese Ausführungen hat der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann gemacht. (Hört! hört! bei den Demokraten.) Die Regierung begegnet nach ihrer Zusammenkunft und Entstehungsgeschichte ernstesten Bedenken. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Allerdings hat der Reichskanzler Dr. Luther betont, daß der Staatsgedanke der besonderen Pflege bedarf. Ich stimme mit ihnen überein, aber der Innenminister hat alle Verantwortung, mit der Pflege des Staatsgedankens in der Republik ernst zu machen. Dabei muß vor allem die Ehrfurcht und die Achtung vor dem Präsidenten des Staates gepflegt werden. Wir sind der Meinung, daß in dieser Zeit das Oberhaupt des deutschen Staates der besonderen Achtung bedarf, und wir haben hier von Amerikanern, Franzosen und anderen Völkern noch sehr viel zu lernen. Der Reichspräsident wird uns gewiß nicht herrlichen Sätzen entgegenführen können, aber er hat es uns auch nicht verprochen.

Ich glaube, daß der Weg durchs Dunkle, den wir gegangen sind, unter Führung eines Monarchen, nicht so tauffool und so schweigmächtig gemacht worden wäre, wie unter Führung des Reichspräsidenten Ebert. (Beifall links. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Ich würde es nicht für nötig halten, hier lobende Worte über den Herrn Präsidenten zu sprechen, wenn nicht von unbedeutender und dazu in keiner geeigneten Weise Räbel von Schmutz über ihn ausgeschüttet worden wären. (Beifall links.) Darum beginnen wir mit der Bitte an den Reichskanzler, er möge seinen Innenminister anweisen, dafür zu sorgen, daß der Vizepräsident des Reichstages dem Reichspräsidenten die ihm zukommenden Ehren nicht verläßt. (Beifall links.) Das Magdeburger Urteil bedauern wir aufs tiefste und schmerzhafteste. Ganz im Gegenteil zum Grafen Westarp, der gestern verlangte, daß der Reichsinnenminister die vaterländischen Verbände in seinen ganz besonderen Schutz nehmen müßte, verbiten wir es uns, daß solche Verbände wie der „Stahlhelm“, die derartige über den Reichspräsidenten gesagt und geschrieben haben, unter einen besonderen Schutz genommen werden. (Sehr gut! links.)

Wir verlangen vielmehr, daß der Reichskanzler dafür sorgt, daß diese Verbände überall dort, wo sie die Linie des Gesetzes verlassen, in ihre Schranken zurückgewiesen werden. (Beifall links.)

Vor dem Kriege war man in der evangelischen Kirche vielfach der Meinung, daß die Obrigkeit für richtig hielt. Was bleibt nun aber heute noch als Grund für die monarchische Agitation, die in weiten Kreisen der evangelischen Geistlichkeit herrscht? Welche Schichten der Bevölkerung halten noch treu zur Kirche, sind aber auch Republikaner.

Warum duldet die evangelische Kirche, daß viele ihrer Geistlichen sich im Gegensatz zu den Worten des Apostels Paulus gegen die Obrigkeit wenden? Überall sehen wir diese Geistlichen im Dienste der schärfsten politischen Agitation. (Große Unruhe rechts. — Rufe: Korrell!)

Abg. Kahl (D. Sp.): Ihre Behauptung ist ganz unbewiesen.

Abg. Koch (fortfahren): Wir haben alle Verantwortung, vor einer solchen Agitation zu warnen. (Erneute Unruhe rechts.)

Abg. Mumm (Dnat.): Das ist ohne jeden Beweis!

Abg. Koch (fortfahren): Ich bin der Meinung, daß das Wort des Apostels Paulus gegenüber der Regierung des Kaisers Nero auch gegenüber der Republik gilt.

Ich frage den Reichskanzler, mißbilligen Sie die Agitationen gegen die Republik und rufen Sie ab von Leuten, die Ihr Kabinett als Instrument gegen die Republik gebrauchen wollen? (Der Reichskanzler nickt.)

Abg. Koch geht im weiteren Verlauf seiner Rede auf das innerpolitische Programm seiner Partei ein und verlangt u. a., dem übertriebenen Zentralismus der Verwaltung zu begegnen. (Hört! hört! rechts.) Die hauptsächlichste Zentralisierung in Deutschland herrscht im Reichsfinanzministerium. Beginnen Sie zunächst damit, aufzuräumen mit der ungeheuerlichen Zentralisation auf dem Gebiete des Steuerwesens und des Beamtenwesens, insbesondere der Gehaltsregelung. Ein einheitlicher Wille muß aber darüber hinaus bestehen. Die Inpflichtnahme eines Teiles der Reichswehr durch eine Landesregierung erscheint mir durchaus nicht unbillig und der Weimarer Verfassung entsprechend.

Wir werden zunächst die Handlungen der neuen Regierung abwarten, denken aber nicht daran, ihr von vornherein Neustrafkraft zuzulassen. Wir entschließen uns dazu, der Regierung, deren Erklärung zufriedenstellend ist, wenn sie sie durch befriedigende Beantwortung unserer Anfragen ergänz. jedes Spiel zu geben.

Abg. Dr. Jöblich (Wirtschaftl. Vereinigung): Die Wirtschaftliche Vereinigung wird ihre Stellungnahme davon abhängig machen, wie die Regierung die Interessen des Mittelstandes vertritt. (Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Ein Vorstoß der Partikularisten.

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.): Die Regierung wird, auch wenn sie keine parlamentarische Konstellation darstellt, grundsätzlich von einer Mehrheit gestützt. Das Zentrum hat zwar keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Unterstützung nicht für alle Fälle und unter jeder Bedingung gegeben werde, ich hatte aber bei der Zentrumserklärung den Eindruck, daß das Zentrum sich seiner ausschlaggebenden Bedeutung bewußt ist, und ich bin überzeugt, daß das Zentrum sich auch der Verantwortung bewußt ist, die sie jetzt übernimmt. Ueber unsere Haltung zur Regierung ist zu sagen, daß wir in dem Postminister Stümpel unseren Vertrauensmann in der Regierung erblicken, und zwar nicht nur in dem zünftigen parlamentarischen Sinne, sondern in dem weiteren Sinne, daß unsere gesamte Fraktion vollstes Vertrauen in seine Person setzt. (Beifall bei der Bayer. Volksp.) Wir haben mit Befriedigung vernommen, daß die Beziehungen des Reiches zu den Ländern nachgeprüft werden sollen und daß das Eigenleben der Länder geachtet werden soll. Wir erwarten, daß es nicht bloß bei den freundlichen Worten bleibt, sondern daß auch praktische Maßnahmen baldigt erfolgen, die, wie Herr Scholz sagte, es den Ländern ermöglichen, sich behaglich unter dem Dach des Reiches zu fühlen. (Zwischenruf b. d. Soz.) Durch die Anwendung und Auslegung der Weimarer Verfassung ist die Reichsfreiheit der Länder nicht gefördert worden. Deshalb freuen wir uns, daß der deutschnationale Rechner sich auf die Denkschrift der bayerischen Regierung bezogen hat. Wir stehen auf dem Boden dieser Denkschrift und verlangen eine größere Selbständigkeit der Länder. Wir verlangen, daß der Schwerpunkt der inneren Verwaltung und der ganzen Kulturfragen in die Länder verlegt werden soll. Die Länder dürfen nicht mehr Rostträger des Reiches sein und darum verlangen wir einen Finanzausgleich der Länder und Gemeinden, der in Wirklichkeit die Selbstverwaltung läßt. Wir hoffen, daß unsere Anträge die Zustimmung der Reichsregierung und des Reichstages finden.

Zur Steuerfrage bemerkt der Abgeordnete: Die „Bayerische Staatszeitung“ hat berechnet, daß wir vor dem Krieg 127 Millionen im Reich und Ländern für die Streifenverwaltung ausgegeben haben, während es jetzt 333 Millionen sind. Die Passivität unserer Handelsbilanz hat in elf Monaten des vergangenen Jahres mehr als zwei Milliarden Goldmark betragen. Bei einer Fortdauer dieses Zustandes wird es unmöglich sein, den Dawes-Plan durchzuführen, zumal die Belastung später immer mehr wachsen wird. Nachdem wir mit dem 10. Januar unsere wirtschaftliche Freiheit wiedergewonnen haben, muß das von uns begehrt werden, um dem deutschen Außenhandel neue Tore zu öffnen und die Einfuhr nach dem deutschen Wirtschaftsbedürfnis zu regeln. Die einheimische Produktion ist durch Schutzzölle so weit als möglich zu schützen. In der Außenpolitik muß ein wirtschaftlicher und dauerhafter Friede herbeigeführt werden. Wir sind also Pazifisten, aber es gibt auch einen übertriebenen Pazifismus, den wir nicht teilen. In den anderen Ländern, die uns früher feindlich waren, sollte die Friedensgesinnung nicht bloß deklariert werden. Rationalgefühl ist notwendig, aber übertriebener Nationalismus ist zu vermeiden. Wenn die Idee des Völkerbundes wirklich dem Frieden dienen soll, muß die Gerechtigkeit die Grundlage sein. Darin lehnen wir auch eine größere Sicherheit für Frankreich als in sonstigen Maßnahmen. (Beifall rechts und bei der Bayer. Volksp.)

Abg. v. Graefe (natsoz.) hält eine unzufriedenstellende Rede gegen die Korruption, wobei es zu folgendem Zwischenfall kommt:

Abg. Graefe: Am meisten ekelt mich der demokratische Byzantinismus vor dem Göhen Ebert an. (Unruhe und Zurufe bei den Demokraten.) Meine Freunde und ich haben eine solche Fälle von Material, daß wir sagen müssen, es ist erschreckend, wie weit die Korruption geht. (Rufe links: Heraus damit!) Heute verzichte ich darauf, alles einzelne mitzuteilen. (Unruhe links und neue Rufe: Heraus mit dem Material.) Unser Material betrifft auch die Familie des Reichspräsidenten. (Große Erregung b. d. Soz. und stürmische Zurufe.) Sie (zu den Soz.) brüllen Ihre Schande nicht nieder. Sie und Ihre Barmhäzigen Brüder werden schon noch daran kommen. (Stürmische Zurufe bei den Soz., minutenlanges Lärm. Glocke des Präsidenten.)

Reichskanzler Dr. Luther

wird, als er zu sprechen beginnt, wieder von den Kommunisten mit Rufen: „Amnestie!“ begrüßt. Der Kanzler führt aus: Ich stehe mit Befriedigung fest, daß das außenpolitische Programm der Regierung hier eine breite Basis gefunden hat. Selbst der Redner der Sozialdemokratie, Herr Dr. Breitscheid, hat sich mit dem Regierungsprogramm in dieser Beziehung anvertraut erklärt. Zu keinen weiteren Bemerkungen über die Räumung des Ruhrgebietes und der Röhner Zone bemerke ich, daß wir nach der Londoner Konferenz an der auch ich teilgenommen habe, keinen Anlaß hatten, an der Innehaltung der vertragmäßigen Räumung zu zweifeln. Bei den Besprechungen des früheren Reichskanzlers Rath und des Außenministers Dr. Stresemann mit dem englischen Rabinetschef Macdonald über die Frage der Räumung der ersten Rheinlandzone hat Macdonald erklärt, daß diese von der Durchführung der Entwaffnung abhängig sei, entsprechend dem bekannten Gutachten, das die Sachverständigen Hurst und Bromagart abgegeben hätten, nachdem sich die beteiligten Regierungen darüber schlüssig geworden wären, ob der Stand der deutschen Abrüstung derartig sei, daß die Voraussetzungen für die Räumung erfüllt seien. Die Regierung hatte infolgedessen keinen Grund, als die frühere französische Ansicht, daß die Räumungsfrist noch nicht liefen, fallen gelassen worden war. Selbstverständlich ist dann das Problem der Räumung der nördlichen Rheinlandzone angesichts der außerordentlichen Bedeutung dieser Frage immer wieder erörtert worden. Als sich bei der internationalen Erörterung die ersten Anzeichen bemerkbar machten, daß die Räumung auf alliierter Seite in Zweifel gestellt würde, hat die Regierung keinen Augenblick gezögert, die Initiative zu ergreifen; sie hat die beteiligten ausländischen Regierungen damals sofort in der dringenden Form darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland die rechtzeitige Räumung als etwas Selbstverständliches erwarde. Diese Vorstellungen sind durch

unserer Missionen im Zustande fortgesetzt wiederholt worden. Niemals aber, wie ich ausdrücklich feststellen möchte, ist von irgendwelcher der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden. Wenn die Mächte ihrerseits mit irgendwelchen

Vorschläge wegen eines Kompromisses

an die Reichsregierung herangetreten wären, so würden derartige Vorschläge durchaus nicht von vornherein abgelehnt worden sein. Das frühere Kabinett war sich vielmehr nach einem Vortrag des Außenministers Dr. Stresemann vollkommen darüber klar, daß ein etwaiger Vorschlag der gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Zone im Hinblick auf die Not der besetzten Gebiete zu würdigen gewesen wäre. Selbstverständlich muß der im Kompromißvorschlag vorgesehene Räumungsstermin sichergestellt werden. Bezüglich der Ruhräumung liegen bestimmte Erklärungen der belgischen und französischen Regierung vor, daß sich an dem letzten Termin der Ruhräumung nichts ändern werde. (Abg. Breitscheid: Wie ist es mit der privaten Vermittlung?) Ich sage, was über diese Dinge amtlich bekannt ist. Ueber die Völkerbundsfrage war meine vorgestrige Erklärung klar und eindeutig, ich füge nur hinzu, daß die Frage der Gleichberechtigung im Völkerbund für Deutschland von sehr erheblicher Bedeutung ist, daß sie nicht im ungewissen bleiben kann. Wir müssen uns vorher darüber im klaren sein; das war der Sinn unserer Rede an den Generalsekretär des Völkerbundes. In der Ostpreußenfrage ist die Grenze schon endgültig 1922 festgelegt worden. Die Reichsregierung hat gegen diese schwere Verletzung des Versailles Vertrages damals sofort Einspruch eingelegt, aber ohne Erfolg. Jetzt handelt es sich aber nicht um die Grenze, sondern nur um die Regelung des Zuganges zur Weichsel über polnisches Gebiet. Diese endgültigen Bestimmungen bedeuten gegenüber dem bisherigen Zustand im wesentlichen eine Verbesserung, wenngleich den deutschen Wünschen nicht Rechnung getragen worden ist. Es ist in dieser Frage von der deutschen Regierung alles Mögliche getan worden und soll auch in Zukunft getan werden. Was die Reichsregierung in der

Frage der Selbstwilligen

aus nicht mehr bestehenden innenpolitischen Gründen getan hat, darüber ist der Entente schon vor längerer Zeit eingehend Mitteilung gemacht worden. (Lärm b. d. Kommunisten. Rufe: Das ist so Landesverrat!) Sollten die Ententemächte darüber hinausgehendes Material besitzen, so könnte ich nur dringend wünschen, daß dieses Material uns baldigt zugeleitet werden möge, und ich könnte nur bedauern, daß diese Zuleitung nicht längst erfolgt ist. Scharflich würden wir aber den Nachweis erbringen können, daß dieses Material in großem Umfange unzutreffend ist. (Hört! hört! rechts.) Herr Breitscheid ist aber im Irrtum wenn er meint, daß solche Mitteilungen hier nicht die deutschen Belange verletzen. (Lebhafte Zustimmung rechts und Bewegung.) Solche Mitteilungen werden von einer uns feindlich gesinnten Propaganda in der ganzen Welt gegen uns ausgeschleudert. (Sehr wahr! rechts.) Was die Stellungnahme der Reichsregierung zu der vaterländischen Bewegung und den

vaterländischen Verbände

betrifft, so kommen selbstverständlich auf die vaterländischen Verbände die Gesetze zur Anwendung (Lachen bei den Kommunisten), und selbstverständlich gilt gleiches Recht für alle. (Lachen bei den Kommunisten.) Ausschreitungen verurteilt die Reichsregierung. Der Graf Westarp sprach aber nicht wie Herr Koch von den vaterländischen Verbänden, sondern von der vaterländischen Bewegung. (Widerpruch links.) Wir können nur eine Bewegung im Volke begrüßen, die der Pflege des vaterländischen Gedankens gedient ist. (Lebhafte Beifall und Handklopfen rechts.) Diese Bewegung muß aber nach dem Grundsatz, den ich stets vertreten habe, so sein, daß sie nicht etwa innere Gegenätze unterstreicht, sondern ausgleicht, und dadurch den Staatsgedanken im Ganzen fördert. Nur eine solche vaterländische Bewegung vermag ich zu wünschen. (Fortgesetzte Unruhe und Widerspruch bei den Kommunisten.) Doch Ausschreitungen irgendwelcher Verbände von der Reichsregierung verurteilt und mit den Mitteln des Rechts bekämpft werden, habe ich schon gesagt. Sodann ist behauptet worden, daß die materialien Verfassungsänderungen der Rechtsgültigkeit ermangelten. Der Vorkstentag hat es nur für empfehlenswert erklärt, daß künftig bei Verfassungsändernden Gesetzen die Verfassung selbst geändert werde. Ich sage das, damit nicht ein Irrtum über die Rechtsgültigkeit unserer Gesetzgebung entsteht. Weiter ist in breiter Form über Korruptionsercheinungen unseres Staatslebens gesprochen worden. Ich will im einzelnen auf diese Ausführungen nicht eingehen. Ich will nur feststellen, daß auf jeden Fall in diesen Darlegungen ganz außerordentliche Uebertreibungen und auch jedenfalls völlig ungerichtete Verallgemeinerungen enthalten gewesen sind. Ich muß ferner meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß in diese Erörterungen

Die Person des Herrn Reichspräsidenten

hineingezogen worden ist. (Lebhafte Beifall.) Herr Deser bekommt als Generaldirektor der Reichsbahn dasselbe Gehalt wie als Minister. Jeder Beamte bedarf, um in Aussichtsräten tätig zu sein, einer Genehmigung und darf keinen Gewinn daraus beziehen. (Die Kommunisten unterbrechen fortgesetzt den Reichskanzler durch Zurufe: Amnestie! Amnestie!)

Ein Ausschluß.

Die Minister, die in das Kabinett eintraten, legen ihre Aufsichtsratsposten nieder. (Zurufe bei den Kommunisten: Amnestie, Amnestie!) Ich habe zur Frage der Amnestie namens der Reichsregierung eine Erklärung nicht abzugeben.

Abg. Stöcker (Komm.): Amnestie, Amnestie! Die Arbeiter warten draußen!

Abg. Schwarz (Komm.) ruft andauernd, mit dem Faust auf den Tisch schlagend: Amnestie, Amnestie!

Vizepräsident Dr. Rießer: Jeder, der jetzt diese Rufe wiederholt, macht sich einer schweren Verletzung der Würde des Hauses im Sinne der Geschäftsordnung schuldig.

Als Abg. Schwarz-Berlin andauernd weiter ruft Amnestie, erklärt Vizepräsident Dr. Rießer: Ich schliesse den Abg. Schwarz-Berlin von der Sitzung aus und fordere ihn auf, den Sitzungssaal sofort zu verlassen. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte, Widerspruch bei den Kommunisten.) Da Abg. Schwarz den Saal nicht verläßt, unterbricht Dr. Rießer die Sitzung auf 5 Minuten und kündigt die Mitteilung der Folgen des Verhaltens des Abg. Schwarz für die neue Sitzung an.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Vizepräsident Dr. Rießer: Der Abg. Schwarz-Berlin hat den Sitzungssaal verlassen. Infolgedessen bleibt es zunächst bei den acht Tagen, auf die er ausgeschloffen ist. (Zurufe bei den Kommunisten.) Ich hätte ihn auf zwanzig Tage ausgeschloffen, wenn er jetzt hier wäre. Da er aber nicht hier ist, verbleibt es bei acht Tagen, für welche Zeit ihm hiermit das Betreten des Reichstages untersagt ist.

Ein kommunistischer Abgeordneter ruft unter Heiterkeit des Hauses: Können Sie ihn nicht amnestieren, Herr Reichskanzler?

Als Reichskanzler Dr. Luther hierauf seine Rede beenden will, hindern ihn die Kommunisten zunächst daran durch die im Chor wiederholten Rufe: Amnestie! Amnestie!

Vizepräsident Dr. Rießer: Ich mache auf die Folgen aufmerksam, wenn dieses Rufen nicht aufhört. Ich habe die Würde des Reichstages zu vertreten, und bin gewillt, es zu tun. (Die Kommunisten verhalten sich nunmehr ruhig.)

Reichskanzler Dr. Luther:

Wenn ich vorher gesagt habe, ich glaube, alle mir unterbreiteten Fragen beantwortet zu haben, so bin ich natürlich nicht auf alle Fragen eingegangen, zu denen bereits in der Regierungserklärung Stellung genommen worden ist. Die Frage der Arbeitszeit ist darin bereits behandelt. Selbstverständlich ist es unmöglich gewesen, auf alle Fragen, die in diesem Zusammenhang wichtig sind, auch nur in der Regierungserklärung einzugehen. Es ist richtig,

daß eine Koalitionsregierung nicht vorhanden ist. Selbst wenn sie aber vorhanden wäre, wäre damit noch nicht die völlige Einmütigkeit nach allen Richtungen gewährleistet. Der Abg. Koch hat vorher gesagt: „So ganz zufrieden ist man nie mit seinen Koalitionsgenossen“, und diese Erfahrung kann sich sicherlich auf dem ganzen Gebiet vollziehen. Was mir aber das Wesentliche zu sein scheint, ist, daß sich tatsächlich eine Mehrheit in einer Form zusammengefunden hat, die für die Regierung die Möglichkeit praktischer Arbeit eröffnet. Ich bitte dabei meine Person, so unangenehm es mir ist, einmal mit in den Vordergrund stellen zu dürfen. Verschiedentlich ist auch in der Presse gesagt worden:

Ich sei ja kein Politiker,

ich sei ein Verwaltungsmann, und diese Mitteilungen haben vielleicht einen Irrtum irrtümlich Unter- oder Oberton gehabt. Der sachliche Gehalt meiner Stellungnahme ist, daß, wie die Regierungserklärung deutlich ausdrückt, die Zusammenarbeit, die in der neuen Regierung sich vollziehen soll, völlig beherrscht ist von dem Gedanken, sachlichen Dienst am Volksganzen zu leisten. (Lachen links.) Dabei bin ich ja durchaus kein unbeschriebenes Blatt. (Heiterkeit links und Lachen.) Ich habe keinen Anlaß, meine Tätigkeit in der vergangenen Zeit irgendwie zu verleugnen oder zu verbunkeln. Was ich bisher die Ehre gehabt habe, im Dienst des Deutschen Reiches als Ernährungs- und Finanzminister zu tun, wird selbstverständlich die Grundlage sein, auf die ich auch meine Tätigkeit als Kanzler aufbaue. Auf die Frage, ob es denn möglich sein werde, praktische Arbeit zu leisten, weil vielleicht in einer ganzen Reihe von Fällen eine verschiedenartige Einstellung im Kabinett herrscht, kann ich zunächst antworten, die bisherige Zusammenarbeit hat schon bewiesen, daß es durchaus möglich ist, praktische Arbeit zu leisten. Ich antworte zweitens: Es hiesse ja an unserer Staatsform verzweifeln, wenn wir nicht die Möglichkeit finden sollten, praktische Arbeit zu leisten (Sehr wahr rechts), wenn wir auch in den Grundtendenzen verschieden denken. Ich bin schon im Herbst sehr stark für eine Mehrheitsregierung eingetreten, nachdem ich die ganze übrige Zeit in der Minderheitsregierung gearbeitet habe. Für die praktische Arbeit stehe ich auf dem Standpunkt — und darin werde ich vom Kabinett unterstützt —, daß wir für alle Entscheidungen eine möglichst breite Grundlage finden müssen. Das Ausland, das großes Gewicht darauf legt, daß die Abkommen durchgeführt werden, muß uns in dem Bestreben unterstützen, eine Form zu finden, in der wir die Lösung unserer inneren Aufgaben vollziehen können. Es ist nicht richtig, wenn Stimmen aus dem Ausland in dieser Mehrheitsbildung einen mangelnden

Willen zur Erfüllung

sehen. Ich sehe darin vielmehr eine brauchbare Methode, einen Weg zu finden, wie man zur praktischen Arbeit kommen kann, um das auszuführen, wozu wir verpflichtet sind. Hinter dem praktischen Ziel müssen ja gewisse einheitliche Grundsätze stehen. Ueber die Staatsform hat sich die Regierung unmissverständlich geäußert. Ich will den Demokraten aber noch einmal antworten:

Ich mißbillige die Agitation gegen die Republik, selbstverständlich (Bewegung).

aber selbstverständlich bringe ich auch den Artikel 118 der Reichsverfassung zur Anwendung, nach welchem jeder Deutsche innerhalb der Gesetzgebung seine Meinung frei zu äußern berechtigt ist. (Bravo rechts.)

Wenn weiter gefragt worden ist ob ich von Leuten, die mein Kabinett gegen die Republik mißbrauchen wollen, abscheue, so habe ich auf diese Frage ein selbstverständliches Ja. Daß ich entschlossen bin, die Richtlinien der Politik, die ich für die richtige halte, auch mit meinen Mitarbeitern im Kabinett durchzuführen, das kann ich Sie versichern.

Es liegt ja bereits (der Kanzler sucht unter großer Spannung in seinen Papieren) ein einmütig gefaßter Kabinettsbeschluß vor, daß die Staatsform nicht geändert werden soll. (Stürmische Heiterkeit b. d. Sz. Ironische Rufe: „Wie gnädig!“ „Gott sei Dank!“)

Abgeordneter Dr. Rießer erhebt um Ruhe.

Reichskanzler Dr. Cauer: Die Frage ist wirklich so ernst, daß ich mich auf den Standpunkt der Sachlichen stellen sollte. Die Lage des deutschen Volkes ist so schwer, daß wir für die praktische Arbeit einen Zusammenstoß auf breiter Grundlage finden müssen. Nun sind

Angriffe erheblicher Art

gegen Herren gerichtet worden, die der Herr Reichspräsident auf meinen Vorschlag als Minister in mein Kabinett berufen hat. Ich habe das verständliche Bedürfnis, für diese meine Mitarbeiter einzutreten. Ich gehe davon aus, daß es sich um Männer handelt, die unter sich den Werdegang des Beamtentums haben, und in deren Eintritt ich vor allen Dingen auch ein Lebendigerwerden der Beamtenschaft erblicke. Was Minister Reuhaus anbetrifft, so ist in bezug auf ihn besonders der Hinweis ausgesprochen worden, daß er seinerzeit als Beamter den Eid auf die Verfassung nicht geleistet hat. Er ist davon in einer Weise entbunden worden, die deutlich zeigt, welches Gewicht die damalige preußische Regierung auf seine Tätigkeit als Beamter gelegt hat. Der Kanzler vertritt das Schreiben des Ministers Fischbeck an Ministerialdirektor Dr. Reuhaus, in dem er ihn von der Leistung des Eides auf die Reichsverfassung entbindet. (Lachen links.) Ich sehe in diesem Schreiben nur die Feststellung dessen, daß Herr Dr. Reuhaus im preußischen Staatsdienste mit voller Anerkennung seiner vorgelegten Behörde weiter gewirkt hat. Nun hat Herr Dr. Reuhaus selbstverständlich den Eid auf die Reichsverfassung geleistet. Was Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen anbetrifft, so ist es wirklich sehr leicht, gegen einen Beamten der Finanzverwaltung schwere Einwände zu erheben. Er hat die schwere Aufgabe ausgeübt, was an Wünschen an ihn herantritt. Dabei können fast ausnahmslos die Wünsche nicht oder nur zu einem Teile erfüllt werden. Ministerialdirektor Dr. v. Schlieffen hat diese schwere Arbeit ausgeübt unter vier Finanzministern. Sie haben sämtlich die Tätigkeit des Herrn v. Schlieffen aufs wärmste anerkannt. Was

den Johanniter-Orden

betrifft, so ist er bekanntlich eine Einrichtung der Wohlthätigkeit; der in der Öffentlichkeit beanstandete Eid auf einen Monarchen, der gar nicht vorhanden ist, ist auch nicht vorhanden. (Widerspruch links.) So sehe ich auch in den beanstandeten Mitgliedern des Kabinetts keinen Grund, die mit ihnen werden, unser Vaterland wieder aufzubauen. Wenn gesagt worden ist, das Kabinett sei zu weit rechts gegangen, so habe ich durchaus nicht diese Sorge gehabt, denn ich habe einfach ein sachliches Mehrheitskabinett gesucht und bin dabei auch weit nach links gegangen. Das werden die Demokraten am besten wissen. Sie werden durch ihr Urteil darüber zu entscheiden haben, ob sie der Regierung die Voraussetzung zur Arbeit geben wollen. Fällt die Entscheidung so aus, daß wir die Arbeit aufnehmen können, so werden wir uns bemühen, sachliche Arbeit im Dienste des ganzen deutschen Volkes zu leisten. (Beifall rechts, Lärm und Gelächter links, Rufe b. d. Komm.: Wieder mit der Regierung!)

Die Aussprache wird darauf abgebrochen. Der Reichshaushaltsplan für 1925 wird dem Hauptauschuss überwiesen. Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, sein Freund Schwarz habe den Goal auf Beschluß seiner Fraktion verlassen, die sich angesichts der kommenden Abstimmungen nicht durch weitere Ausschüsse begünstigen lassen wolle.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr vormittags. Fortsetzung der politischen Aussprache, vorher Einspruch des Abg. Schwarz (Komm.) gegen seine Ausschließung.

Die Vernehmung Dr. Höfles. Wie die VE-Korr. erzählt, ist die Vernehmung des bisherigen Reichspostministers Dr. Höfle durch die Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen, vielmehr wird es notwendig sein, in der kommenden Woche Dr. Höfle ebenso wie den Abg. Lange-Hegemann noch einmal zu hören. Auch eine Anzahl Oberbeamten des Reichspostministeriums sind inzwischen durch den Untersuchungsrichter über die finanziellen Transaktionen gehört worden.

Nur unvorsichtig!

Die „Deutsche Tageszeitung“ auf dem Blatteis.

Herr Everling, dessen „Gott sei Dank“ den deutschen nationalen Machtpolitikern aus der Seele gesprochen war, ist der deutschen nationalen Presse sehr unbequem. Mit seiner Desavouierung — deren Nuancen an sich sehr aufschlußreich sind — beschäftigt sich die gesamte Reichspress. Sie begibt sich damit ebenfalls aufs politische Blatteis, und die „Deutsche Tageszeitung“ ist prompt ausgerufen. Sie polemisiert gegen das „Berliner Tageblatt“, das den Zwischenruf fälschlich Herrn Schlange zuschrieb, und prägt dabei folgenden Satz: „Wenn trotzdem an Stelle des Abg. Dr. Everling der Name eines prominenten Deutschnationalen genannt wird, so gewinnt man den Eindruck, als habe Böswilligkeit die Unvorsichtigkeit eines einzelnen der gesamten Fraktion an die Köpfe hängen wollen.“

Das „Gott sei Dank“ des Herrn Everling war also nicht sachlich falsch, sondern nur unvorsichtig. Er hat nicht vorsichtig genug mit der wahren Absicht der Deutschnationalen hinter dem Berge gehalten. Diese „Unvorsichtigkeit“ eines einzelnen in der „Deutschen Tageszeitung“ ist fast eben so schön und aufschlußreich wie das „Gott sei Dank“ des Herrn Everling.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Heute abend Abstimmung.

Der Vizepräsident des Reichstages verständigte sich in seiner gestrigen Sitzung vor der Plenarsitzung über den Geschäftsplan für die nächsten Tage dahin, daß heute die Sitzung schon um 11 Uhr vormittags beginnen soll, damit dann sämtliche Redner der zweiten Rednerreihe bis zum Abend zu Wort kommen können. Am Abend soll die Abstimmung über die Anträge auf Billigung der Regierungserklärung bzw. Mißtrauensvotum stattfinden.

Am Freitag wird sich der Reichstag mit dem deutsch-polnischen und dem deutsch-spanischen Handelsvertrag beschäftigen. Darauf soll eine mehrtägige Pause eintreten.

Ferner beriet der Vizepräsident über die Frage, ob ein besonderer handelspolitischer Ausschuss zur Vorbereitung der Handelsverträge eingesetzt werden soll. Eine Einigung darüber konnte nicht erzielt werden, die Frage wird dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt werden.

In der Frage, ob auch ein kommunistischer Abgeordneter zum Vorsitzenden eines Ausschusses bestellt werden kann, wurde festgestellt, daß nach der Geschäftsordnung das Recht zur Benennung eines Vorsitzenden nach der Stärke der Fraktionen besteht, so daß also auch die Kommunisten Anspruch auf einen solchen Vorstoß haben.

Veröffentlichung der Militärgutachten.

Konstituierung weiterer Untersuchungsausschüsse.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Kriegssursachen besetzte sich in seiner gestrigen Sitzung besonders mit der Frage, ob die bisherigen Arbeiten des früheren Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden sollen oder nicht. Man wurde sich dahin einig, daß nicht nur die Gutachten des Generals v. Kühl, des Oberstleutnants Schwerdtfeger und des Geheimrats Debrück, sondern auch die Sitzungsberichte des bisherigen Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden sollen. Die Einzelheiten sollen dem neuen Untersuchungsausschuss überlassen werden. Die Veröffentlichung der bisherigen Arbeiten soll möglichst bis zum 1. April d. J. beendet werden.

Von den Unterausschüssen hatte sich der dritte „zur Prüfung von Völkerrechtsverletzungen während des Krieges“ (Vorl. Abg. Dr. Bell) und der vierte „zur Prüfung der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs“ (Vorl. Abg. Dr. Philipp) gebildet. Der erste Unterausschuss „zur Prüfung der Vorgesichte des Weltkrieges“ wird unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Breitscheid in diesen Tagen zusammentreten. Der zweite Unterausschuss „zur Prüfung von Friedensmöglichkeiten während des Krieges“ hat seine Arbeiten beendet.

Kulturpolitik in Bayern.

„Die Geschlechtskrankheiten“ verboten.

München, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Polizei hat sich ein neues Stück von Willkür geleistet. Seit Mittwoch voriger Woche läuft in mehreren großen Lichtspielhäusern Münchens der Film „Die Geschlechtskrankheiten“. Dazu gibt ein Arzt fachverständige Erklärungen. Dieser Film ist durch die Filmüberprüfstelle, also die höchste Reichsinstanz, nach dem Lichtspielgesetz geprüft und nicht nur ohne ärztlichen Vortrag für das gesamte Reichsgebiet zugelassen, sondern sogar für Jugendliche genehmigt worden mit der einzigen Voraussetzung, daß die Jugendvorführungen nach Geschlechtern getrennt sein müssen. Da es sich bei dem Film um eine in höchstem Maße volksbildnerische Darbietung handelt und die allgemeine Kenntnis gerade in heutiger Zeit zu wünschen ist, hat der Münchener Stadtrat dem Film die Ermöglichung der Lichtspielsteuer zugestanden, wie sie für Volksbildungs- und Kulturfilme vorgesehen ist. Trotzdem hat es die Münchener Polizei fertig bekommen, die weiteren Vorschriften des Films zu verbieten. Da ihr kein Zensurrecht zusteht, mußte sie einen Fall öffentlicher Ruhestörung konstruieren. In der Begründung des Verbots wird behauptet, gewisse Vergleiche hätten sich gegen den Film ausgesprochen und auch im literarischen „Bayrischen Kurier“ sei der Film abgelehnt worden. Als Gegenstück ist erwähnt, daß derselbe Film z. B. in Breslau seit mehreren Tagen läuft und daß auch die Reichswehr auf Anordnung ihres Kommandeurs und ebenso die Schüler der oberen Gymnasialklassen durch ihre Lehrer zu dieser Filmvorführung geführt werden.

Die Ratifikation des Konkordats.

München, 21. Januar. Wie die VE-Korr. erzählt, findet die Ratifikation des Konkordats zwischen der bayerischen Regierung und der Kurie am nächsten Sonnabend, den 24. Januar, mittags um 12 Uhr statt.

Die Untersuchung über die Staatsbank. Dem Ausschuss zur Untersuchung in der Angelegenheit betreffend die Kreditgewährung der Preussischen Staatsbank an auswärtige Konzerne, gehören von der Sozialdemokratischen Partei an die Abgeordneten Winter, Kusner, Dr. Baentje, Meier (Berlin), Frau Decker-Reicher und Frau Dr. Wegweider, Herbert (Stettin) und Labemann, vom Zentrum die Abgeordneten Gram, Dr. Hager, Roginiet, Dr. Schmidt (Wistenberg) und Dr. Schering, von den Kommunisten die Abgeordneten Stoll, Bartels (Krefeld) und Müller (Hessen), von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Abgeordnete Labendorff.

Die Untersuchung der Kreditfondse. Der vom Reichstag zur Untersuchung der Seehandlung-Barmat-Affäre eingesetzte Ausschuss tritt zu seiner ersten Sitzung am kommenden Sonnabend 11 Uhr vormittags zusammen.

Die Kredite der Angestelltenversicherung.

Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums.

Auf die vom AFA-Bund dem aufsichtsführenden Ministerium gemachten Mitteilungen über Mißstände im Kreditverkehr der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und die Maßnahmen der beschwerdeführenden Organisation ist jetzt ein erster Bescheid des Reichsarbeitsministeriums ergangen, der weder Befriedigung noch Beruhigung in den beteiligten Kreisen auslösen kann.

Die Erklärung, daß in einem einzelnen, vom AFA-Bund berichteten Falle der Darlehensgewährung an Kommunen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen einen Geldvermittler eingeleitet worden sind, gibt noch keinerlei Gewähr dafür, daß eine Revision des gesamten Systems und eine Beseitigung der zurzeit noch zugelassenen privaten Geldvermittler zu erwarten sei. Es mutet auch eigentümlich an, daß das Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsbehörde die Einsetzung eines Untersuchungs- oder Prüfungsausschusses davon abhängig machen will, daß der AFA-Bund erst weitere Tatsachen mitteilen soll. Für eine solche schonende Behandlung der Vermögensabteilung der AFA wird weit über den Kreis der Angestellten hinaus auch bei anderen Behörden wenig Verständnis zu finden sein. In diesem Zusammenhang darf aus der Fülle der dem AFA-Bund inzwischen zugegangenen Zuschriften folgende Stelle im Briefe eines Magistrats zitiert werden:

„Es wäre u. E. richtiger gewesen, wenn dem Deutschen Städte-tag darüber Nachricht zugegangen wäre, daß bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Mittel gegen Verpfändung von Grundbesitz oder Wald verfügbar sind. Wir hätten dann 11000 Mark Vermittlungsgebühr gespart, welche dem Wohnungsbau zufließen gekommen wären.“

(Unterschrift des Oberbürgermeisters.)

Das Reichsarbeitsministerium übersieht in seiner Stellungnahme auch völlig, daß es sich ja nicht nur um den Geldverkehr mit den Kommunen und gemeinnützigen Anstalten handelt, sondern daß bei den Millionenkrediten, die die Angestelltenversicherung an private Unternehmer, insbesondere an Industrielle und Landwirte gegeben hat, das Geschäft vieler bei der AFA zugelassener Geldvermittler außerordentlich gebührt hat.

Sollte es wirklich notwendig sein, daß der AFA-Bund dem aufsichtsführenden Ministerium dazu erst einzelne Tatsachen mitteilen muß? Wir meinen, daß es schon zu den Pflichten der Aufsichtsbehörde gehört, von Amts wegen ein Verzeichnis dieser bisher bei der AFA tätigen gewerkschaftlichen Geldvermittler anzufordern und festzustellen, nach welchen Gesichtspunkten die kreditnehmenden Firmen ausgewählt wurden. Der AFA-Bund wird sicherlich auch in weiten Wirtschaftskreisen Zustimmung finden, wenn er die Aufsicht vertritt, daß mindestens die zur Aufrechterhaltung der Wahrung nötige zentrale Regelung des Kreditwesens durch die Reichsbank von der Reichsversicherungsanstalt hätte beachtet werden müssen. Auch die Nachprüfung der sonst in der Beschwerde aufgeworfenen Fragen fällt zweifellos in den Pflichtkreis der Aufsichtsbehörde.

Der AFA-Bundesoortand hält die Antwort des Reichsarbeitsministeriums für völlig ungenügend und er will zunächst noch versuchen, in mündlicher Verhandlung die gewünschten Auskünfte zu erhalten.

Unterredung mit Lord Cecil.

Genf, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Lord Cecil erklärte heute dem hiesigen Vertreter des „Sozialdemokratischen Pressebüros“, daß seines Wissens keine Verhandlungen über die Räumung der Kölnener Zone zwischen Berlin und London im Gange seien; auch von einem Kompromißvorschlag sei ihm nichts bekannt. Er habe auch nichts davon gehört, daß das deutsche Auswärtige Amt entsprechende Verhandlungen rechtzeitig eingeleitet habe.

Ueber Deutschlands Eintritt in den Völkerbund äußerte er, daß auch die jetzige englische Regierung diesen Wunsch hege und für die Gewährung eines ständigen Ratesitzes an Deutschland sei, ebenso wie die anderen Ratsmitglieder. Der baldige Eintritt liege im Interesse Deutschlands, da die Behandlung aller schwebenden politischen Probleme ein ganz anderes Gesicht bekäme, wenn Deutschland Völkerbundmitglied sei. Deutschlands moralischer Auslandskredit werde ebenfalls durch den Eintritt in den Völkerbund bedeutend steigen und für die weitere Arbeit des Völkerbundes von großem Nutzen sein. Die deutsche Regierung habe also in der Völkerbundsfrage die beste Gelegenheit, ihren guten Willen zu erneuern und als Mitarbeiter im Völkerbund vor aller Welt zu beweisen. Das Genfer Protokoll, verfaßt von Lord Cecil, sei keineswegs erledigt, sondern bilde den Gegenstand reichlicher Ueberlegungen im englischen Kabinett, das sich in jeder Weise bemühe, das Protokoll in Uebereinstimmung zu bringen mit den besonderen Interessen des englischen Weltreiches. Man werde deshalb eine gewisse Zeit brauchen, bis eine endgültige Fassung des Protokolls gefunden sei.

Genf, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat hat den Völkerbund offiziell benachrichtigt, daß die Interalliierte Marinekommission für Deutschland aufgelöst worden ist. Dadurch wird die Verantwortung für die Kontrolle der deutschen Seerüstungen dem Völkerbund überwiesen.

Sechstages-Sieger: Kütt-Aerts.

Zweites Paar: Hahn-Tieg.

Das 13. Berliner Sechstagerrennen in der großen Halle am Kaiserdamm ist gestern um Mitternacht programmäßig zu Ende gegangen. Schon in den Abendstunden füllte sich das Haus wieder beängstigend, so daß um 11 Uhr bei Beginn der entscheidenden Spurtstunde kein Platz mehr zu haben war. Die Spurts verließen durcheinander interessant. Jagden wurden entsetzt, wobei Saldow-Lorenz eine Runde einbüßte. Im übrigen haben Huschke-Rohr, Gollie-Mantzen, Steilbrink-Rohr und schließlich auch noch Lewanow-Bauer die Bahn wegen Ausfallslosigkeit verlassen.

Nach dem Ausfahren der Spurts wurde folgendes Ergebnis bekannt:

Kütt-Aerts 385, Hahn-Tieg 308, Grenda-Mac Brath 298, Egg-Kruppat 277, Brocco-Miquel 15 Punkte.

Eine Runde zurück: Saldow-Lorenz 112 Punkte. Drei Runden zurück: van Kempen-Clorgetti 497 Punkte.

Insgesamt sind in 144 Stunden 4002,410 Kilometer zurückgelegt. Nach Beendigung der Spurts absolvierten die Fahrer eine Ehrenrunde ab. Mit stürmischem Beifall wurde jedes einzelne Paar überhört. Selbstverständlich mußte auch van Kempen, trotzdem er mit keinem Partner drei Runden zurücklag, eine Ehrenrunde „fahren“. Auch er erhielt den gebührenden Beifall. Nur langsam leerte sich die große Halle, die wohl an diesem Abend einen Rekordbesuch verzeichnen konnte.

Gewerkschaftsbewegung für die Einheitsfront!

Es finden nun allgemein die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen statt. In diesen werden sich im März und April die Wahlen zu den Betriebsräten anschließen. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Offensive der Sozialen Reaktion ist es doppelt notwendig, daß die Arbeiterschaft in geschlossener Front aufmarschiert.

Der innere Zwist, die Spaltungen der letzten Jahre haben die Geschäfte der Unternehmer besorgt. Die Kommunisten haben nach im vergangenen Jahre den Versuch gemacht, die Gewerkschaften zu spalten. Es ist ihnen zwar nicht gelungen, eigene Organisationen zu schaffen, die imstande sind, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten. Es ist ihnen aber gelungen, vorübergehend die Gewerkschaften zu schwächen.

Nach ihrem mißlungenen Versuch wollen die Kommunisten den Streit wieder in die Gewerkschaften hineintragen. Sie wollen unter der Parole „Einheitsfront“ ihre Zellen wieder aufbauen und die Selbstzerstückelung der Arbeiterschaft zur Freude der Unternehmer fortsetzen.

Auch wir sind der Überzeugung, daß die Einheitsfront der Arbeiterschaft das Gebot der Stunde ist. Diese Einheitsfront kann aber nicht geschaffen werden, indem man Zellen errichtet und den Kampf der Arbeiterschaft gegeneinander organisiert. Die Einheitsfront der Arbeiterschaft kann nur dadurch hergestellt werden, daß diese sich fest um ihre gewerkschaftlichen Organisationen (Partei und nur solche Vertreter wählt, die auf dem Boden des Klassenkampfes nach den Grundfragen und Beschlüssen der Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen entschlossen und befähigt sind.

Darum hat jeder und jede sich davon zu überzeugen, daß die wählenden Vertreter sich in ihren Handlungen nicht bestimmen lassen von politischen Parolen der KPD, sondern einzig und allein von den Beschlüssen der Gewerkschaftsorganisationen.

Diese Einheitsfront ist überall siegreich auf dem Vormarsch. Die Arbeiterschaft hat es satt, sich von unverantwortlichen Drahtziehern leithammeln zu lassen. Auch in Berlin haben die jetzt stattgefundenen Wahlen zu den Ortsverwaltungen das selbe Bild ergeben.

Dieser Reinigungsprozeß muß überall durchgeführt werden. Die Handlanger der kommunistischen Parolenschmiede müssen überall hinausgewählt und die Einheitsfront der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wieder hergestellt werden. Dann wird es wieder vorwärts und aufwärts gehen.

Die notleidende Schwerindustrie.

Essen, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In einem Schreiben der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet wird die „erste Teil“ der Bürgerblockregierung, die Wiedereinführung des Dreifächtensystems in den Kokeren und Hochofenbetrieben, auf ihr richtiges Maß zurückgeführt. Gegenüber der Behauptungen der Rechtsprelle, daß die längst verpöbte gewesene Einseitigkeit der Arbeiter zu einer unerträglichen Belastung der Industrie führen könnte, wird darauf verwiesen, daß im Hochofenbetrieb durch technische Verbesserungen seit langem eine Verminderung der Belegschaft um 70 Proz. bei einer Steigerung der Produktion um 62,5 Proz. erzielt worden ist. Das gleiche trifft zu für die Kokeren, wo die Steigerung der Produktion teilweise mehr als 100 Proz. beträgt. Insgesamt darf ohne Uebertreibung gesagt werden, daß sich die deutsche Hüttenindustrie in einer selten günstigen finanziellen Hochkonjunktur befindet. Die Preise für Vorblöcke, Stabeisen, Bleche, Walzdraht usw. sind im letzten Vierteljahr um rund 30 Proz. gestiegen. Im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des Dreifächtensystems an den Hochofen und Kokerbetrieben fordern die Metallarbeiter die dreifache Schicht für alle Hüttenbetriebe, da die Tätigkeit der Arbeiter in einem Stahl- oder Holzwerk keine weniger anstrengende ist als die der Koker- und Hochofenarbeiter. Nicht nur für die von dem Erscheiben der Regierung betroffenen, sondern für alle Arbeiter der Schwerindustrie ist der Achtstundentag eine unabwendbare Notwendigkeit.

Eine neue Lösung der Wirtschaftskrise.

Wie sie sich ein Regierungsrat vorstellt.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Anlässlich einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Berlin über die Lohnfestsetzung im Dughandel führte Herr

Kluge, im Fa. Janja Nachf., zum Beweis der schlechten wirtschaftlichen Lage des Gewerbes folgendes aus:

„Am meisten Verständnis für unsere Lage haben wir beim Finanzamt Friedrichshain gefunden. Als ich dort um Stundung meiner Steuer rückstände ersuchte und deshalb unsere Geschäftslage darstellte, erkannte sie Herr Regierungsrat Rauchhaupt rückhaltlos an und sagte dann: In Ihrer Lage mühen doch Ihre Arbeiter, die doch am Bestenbestehen der Betriebe ebenfalls interessiert sind, so einsichtig sein und Ihnen wöchentlich 10 M. von ihrem Lohn zur Fortführung des Geschäftes zur Verfügung stellen.“

Man kann sich die Verblüffung der Mitglieder des Schlichtungsausschusses über die geniale Lösung der Wirtschaftskrise vorstellen. Es ist wirklich tief bedauerlich, daß Herr Luther schon einen Finanzminister gefunden hat. Dieser Regierungsrat Rauchhaupt wäre der rechte Finanzminister der Volksgemeinschaft. Der Arbeitnehmer gebe dem Arbeitgeber, dem natürlich ohne weiteres bis auf weiteres alle Steuern gestundet werden. Das kann um so leichter geschehen, als dem Arbeitnehmer, der so viel überflüssiges Geld hat, die Lohnsteuer in voller Höhe abgezogen wird. Anmerkung der Redaktion: Man mag sich beruhigen. Herr von Schlieben ist ein vollwertiger Erfah für diesen Regierungsrat. Er hat zwar nicht die Lösung der Wirtschaftskrise durch Bereitstellung der Kapitalien der Arbeitnehmer erfinden, er ist aber, wenn nicht der Erfinder, so doch der Vertreter der Theorie, daß die Inflation durch die hohen Löhne verursacht würde. Herr Luther braucht also seine Wahl nicht zu bereuen.

Echt kommunistisch.

Der Artikel „Revolutionäre“ vom 15. Januar im „Vorwärts“ scheint der Müllerstraße eine bittere Pille gewesen zu sein. Man versucht jetzt unter trampfhaften Zustimmungen sich aus der unangenehmen Situation herauszuwinden. Daß bei dieser Methode Lausachen abgestrichen, aber zum Schluß zugegeben werden, macht weiter nichts. Das scheint eben „revolutionäre“ Logik zu sein. Da kommt es auf einen Verzicht mehr oder weniger nicht an.

Stellen wir noch einmal Lausachen fest. Der Gruppenleiter der Staker D. Schman im Bauergewerksbund machte dem Unternehmer Rehtli im Beisein eines Unorganisierten Vorhaltungen wegen der Arbeitsmethode, mit dem Erfolg, daß Schman bedeutete wurde, er solle tun, was er nicht lassen kann. Bisher war immer noch üblich, mit den schärfsten gewerkschaftlichen Maßnahmen gegen widerpenstige Unternehmer vorzugehen. Belehrungen, wie das gemacht wird, lehnen wir von Aukentstehenden ab. Wir empfehlen dem B. D. W. weniger vom Klassenkampf zu reden, vielmehr durch Taten dazu zu beweisen. Wenn dann vom neuen Barmat-Geschäft geredet wird, so ist es nur kennzeichnend für die Geisteslage, in der man sich befindet. Man hat nun wieder eine neue Waise und die muß erst abgepielt werden.

Das Zusammenarbeiten mit dem Affordmurer-Verband hat mit der Angelegenheit Rehtli nichts zu tun. Bei dieser Zusammenarbeit locht nicht jeder seine Portesuppe, wie es die Müllerstraße macht. Bezeichnend ist, daß ausgerechnet gegen die Affordarbeit im Bauergewerbe Riechert weiterr, ein eifriger Befürworter eines Affordvertrages für Staker, als er noch bei uns war. Jetzt arbeitet Riechert noch unter den Affordfäden, die im Juli von der Versammlung gefordert wurden, und dies, trotzdem die Affordarbeit durch Tarif ausgeschlossen ist. Das ist kein Klassenkampf, sondern kurzfristiger Materialismus und Egoismus in Reinkultur.

Die Arbeitsmethode des Kollegen G. Rieh wurde mißbilligt und damit unsere Handlungsweise als richtig hingestellt. Das genügt uns. Wenn dann die Versammelten wünschen, mit Verteilungen Schluss zu machen und lieber Kampfmahnahmen zu treffen, so schließen wir uns dem Wunsch an. Wir müssen aber die Behauptung zurückweisen, daß die Leitung des Bauergewerksbundes Sabotage übt. Das ganze Verhalten von jener Seite beweist, wo die wirklichen Saboteure sitzen. Damit dürfte der Fall erledigt sein. Wir haben keine Ursache, den Anfeinden Einfluß dieser Leute durch große Auseinandersetzungen mit ihnen zu heben.

Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Jahrgruppe Staker.

An die Angehörigen des Graphischen Gewerbes!

Kolleginnen und Kollegen! In den Betrieben finden in der nächsten Zeit die Betriebsräte wahlen statt. Jeder Angehörige des Graphischen Gewerbes hat sein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß auf die einseitliche Linie der freien Gewerkschaften nur Kollegen der Richtung Amsterdäm kommen. Bei dem läben Kompse der Unternehmer gegen die Betriebsräte und das Betriebsrätegesetz überhaupt müssen Kollegen den Posten als Betriebsrat bekleiden, die imstande sind, durch ihre Sachkenntnis mit Ruhe und Energie die Rechte der Arbeiterschaft wahrzunehmen.

Die Vertrauensleute werden ersucht, von allen Betriebsräte-

sammlungen, die sich mit den Betriebsräte wahlen befassen, ihre Organisationen zu benachrichtigen, damit diese eventuell Vertreter entsenden können.

Das Graphische Kartell. R. Albrecht.

Wachgesellschaft—Wissell—Barmat!

Wir berichteten über die Rede eines Rechtsanwalts Garel vor dem Gewerbegericht, der besonderes Mißtrauen gegen einen Spruch des Schlichters Wissell empfahl, weil dieser dem Barmat-Konzern sehr nahe stehe. Gen. Wissell teilt uns dazu mit, daß er mit dem Barmat-Konzern ebenso viel zu tun hat, wie der angeklagte Schiedsrichter mit den Affären dieses Konzerns, nämlich nichts.

Schiedspruch im Bankgewerbe.

In der Tarifstreitigkeit im Bankgewerbe hat gestern ein Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Diez einen Schiedspruch gefällt, der eine Gehaltssteigerung von 5 bis 35 Proz. mit Wirkung vom 1. Januar 1925 für die Bankangestellten festlegt.

Flannderei gegen den Achtstundentag.

Aus Paris meldet die TL, am 21. Januar: Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit bei den Eisenbahnern wird nach Ansicht der französischen Wirtschaftslehre erhebliche Störungen für die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs zur Folge haben. Infolge der verkürzten Arbeitszeit werden, wie ein Mitglied des Ausschusses für Handel und Industrie im „Echo de Paris“ ausführt, 15.000 neue Beamte in den Betrieben eingestellt werden müssen. Dadurch entsteht eine Mehrausgabe von 125 bis 140 Millionen Franc.

Die Sorge um die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs auf dieser Seite ist geradezu rührend. Wenn das französische Parlament trotz dem beschloßen hat, den Eisenbahnern den Achtstundentag wiederzugeben, so hat es damit den Beweis erbracht, daß es den sozialen und kulturellen Wert des Achtstundentages sowohl zu würdigen weiß, um die Bedenken der Klagenweiser zu übergehen und die Gegenmeinung der Industriellen unwirksam zu machen. Im übrigen dokumentiert dieser Vorgang wieder einmal die Interessensolidarität auch des deutschen nationalen Unternehmertums mit dem französischen Unternehmertum, eine allgemeine internationale Ergehnung, sobald es gegen die Arbeitnehmer geht.

Zur Aussperrung im Deutschen Metallwarenwerk. Seit dem 29. November 1924 ist die Belegschaft des Deutschen Metallwarenwerks, Berlin, Lindenstr. 105 ausgesperrt. Diese Aussperrung ist erfolgt, weil unsere Kollegen sich geweigert haben, am Sonnabend, den 29. November 1924, Ueberzeitarbeit zu leisten, die ihnen erst kurz vor Feierabend angeboten wurde. Der übermüdete Betriebsleiter, also selbst ein Angestellter, ließ sich von seiner Maßnahme nicht abbringen, trotzdem unsere Kollegen sich bereit erklärten, an den übrigen Wochentagen Ueberstunden zu leisten. In Frage kommen Gürtler, Schleifer, Galvanisierer und Schlosser sowie Monteur. Wir appellieren an die Solidarität der Kollegen-schaft und sind alle Arbeitsangebote seitens der Firma abzulehnen.

Die Disziplinarverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke, sowie der Straßenbahn in Thorn freisetzen.

Der Magistrat lehnt die Forderung einer 50prozentigen Lohnsteigerung energisch ab. Die Betriebe werden durch Militär aufrechterhalten.

Achtung, SPD-Fraktionsvorstände, Betriebsvertrauensleute!

Die Vertrauensleute für 1925 sind festgesetzt und können sofort im Bureau Einberufung, 3 in Gnyllan ankommen werden. Die ersten Karten (1924) sind abzugeben. Für weitere Karte muß ein Bescheid die Karten launlich und unklar sein, sowie die neuen Karten mit genauer Angabe der SPD-Quantität beim Betriebsrat einreichen. Es wird um mögliche Bescheinigungen gebittet. Dankbarkeiten werden nicht angenommen.

Des Betriebsratsvorsitzend, J. K. A. Holt.

Gewerkschaft deutscher Volksschüler (Abteilung Arbeitergewerkschaft für soziale Schulpolitik und Völkerverständnis). Neu's, Donnerstag, 5 Uhr, im Lehrer-vereinshaus, Alexanderstr. 41 (Spielzimmer), in Verbindung mit der Arbeitergewerkschaft der freiwilligen Verbände, Federat des Genossen Fritz Schmidt über „Der neue Kurs, Schule und Lehrerschaft“.

Sattler-, Tapeten- und Dekorationsgewerbe. Die Jahresversammlung am 1. Januar: 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sool 4, dort. Im Interesse der Kollegen-schaft bitten wir, pünktlich zu erscheinen und für zeitigen Besuch derselben zu wirken. Ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte kein Einlaß. Die Ortsverwaltung.

Besamtamtlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. A. Schöber; Politik und Sonstiges: Fritz Röhrl; Anzeigen: H. Bloch; Sammler in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bismarck-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Hierzu 1 Seite e. „Mutterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

Sophien-Säle Säle frei! Norden 9296.

Sonderangebot für Winterkleidung

Ulster aus Flansch und anderen Stoffen, in guter Qualität, nur einzelne Größen . . .	31.—	Da. en öcke verschied. aparte Muster, von zweireihig, warm gefüttert, aus haltbaren Lodenstoffen	1 50 an 16.—	Sportpelze ing. Qualität, verschiedenart. Pelz Opossumschweif- od. Biberettkr.	88.—
Ulster u. Raglans aus Gräten- und Cheviotstoffen, in verschiedenen Farbenstellungen	44.—	Joppen warm gefüttert aus warmen molligen Flanschstoffen, in vielen Farben, mit modernen Verschnürungen	20.—	Sportpelze bester Qualität, mit vorzüglicher Pelzfütterung u. la. Pelzkrag. v	198.—
Ulster modern verarbeitet, aus Flansch- und Diagonalstoffen, guter Sitz	54.—	Schlaf öcke in derselben Art, außer gewöhnlich billig	26.—	Gehpelze schwarze Tuchbezüge mit verschiedenartiger Pelzfütterung und Kragen bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit	85.—
Ulster Ersatz für Maß aus erskl. sigen Stoffen, gute Verarbeitung, aparte Form, 78.—	70.—	Wattermäntel in Bozener und Raglanform, aus imprägniertem Strichloden, in vielen Farben	19.—	Jagdpelze grüner Lodenbezug, schwarze Lammfellfütterung	140.—
Paletots maronno und schwarz, in vielen Qualitäten	42.—	Gummimäntel a. verschiedenartig Oberstoffen, m. pa. Gummlierung	12. 50	Jagdpelze grauer Duffelbezug mit Lammfellfütterung und Kragen	198.—
Modell-Ulster neueste Art, aparte Formen, aus Edelstoffen auf Seide	25.—	Gummimäntel irreguläre Ware	10. 90	Pe zjoppen guter Bezug, Lammfellfütter, sehr warm	78.—
Ulster für junge Herren, in modernen Passons und schöner Farbenstellung	29.—	Chauffeur Anzüge aus Manchester u. Duffel, m. langer od. Breecheshose, außerordentlich strapazierfähig	52.—	Lederjoppen mit warmem Futter, anfangend mit	70.—
Knabenulster in geschmackvoller Ausführung in vielen Qualitäten und Mustern	16.—	Chauffeur Mäntel mit warmem Futter u. Armelwindsch v.	63.—	Lederbreeches anfangend mit	39.—
Knaben-Pyjacks blau, mit Futter und Aermelstickerel, von moderates Formen	11.—			Lederhosen lang, anfangend mit	45.—
Damen-Wintermäntel schönen warmen Stoffen	9.—			Ledermäntel warm gefüttert, anfangend mit	115.—

Gesellschaftsanzüge in eleganter Ausführung aus guten Stoffen zu sehr mäßigen Preisen

A pentrachten für Kostümeste mit sämtlichem Zubehör, äußerst preiswert

Baer Sohn A.-G., Berlin

nur Chausseestraße 29-30

Der Schäferhundsport.

Die Hundezucht als Sport ist erst relativ jungen Datums. Genieß hat der Hund seit undenklichen Zeiten für den Menschen eine große Bedeutung, da er wohl eines der ältesten Tiere ist, das von ihm domestiziert wurde. Da der Mensch zuerst wahrscheinlich Jäger gewesen ist, wird er die Hunde, die er sich hielt, zum Jagen benutzte haben. Später, als er sich Viehherden zulegte, bewachte der Hund seine Herden. Einzelne Rassen, und zwar meist Jagdhundrassen, sind zwar im Mittelalter planmäßig gezüchtet worden, aber erst das Ende des vorigen Jahrhunderts brachte eine großzügige Entwicklung des Hundesports, bei der Liebhaber der verschiedensten Rassen anfangen, planmäßig nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen, die Rassen rein weiter zu züchten.

Die große Mode.

Nach dem Kriege nahm das Interesse daran ganz gewaltig zu. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Auf der einen Seite mag es der Umstand sein, daß die Nachkriegsjahre mit ihren Wirren und Unruhen in vielen den Gedanken aufkommen ließen, sich einen Hund als Schutz für Leben und Eigentum anzuschaffen, oder aber die Inflationszeit machte manchen zum glücklichen Hundebesitzer, weil er auch auf diese Weise sein Geld richtig anlegte glaubte. Daß damit der ernsthaften Zucht nicht allzu viel genützt wurde, liegt klar auf der Hand. Die Nachfrage war so groß, daß eben auf Teufel tonnen raus gezüchtet wurde. Wer eine Hündin hatte, der ließ sie eben belegen, und, wenn Kollmöpfe das Produkt der Kreuzung waren, war's auch recht, dann wurden sie doch als „echte Schäferhunde“ verkauft. Deutscher Schäferhund war Trumpf, war die Mode. Das Zeitalter der Mops, Doggen und schottischen Schäferhunde hatte dem der deutschen Schäferhunde Platz gemacht. Der ernsthaft Züchter hatte natürlich mit diesen Aus-Züchtlern nichts zu schaffen. Der betrachtete das Züchten als Sport und nicht als Geschäft. Wie schon oben erwähnt, erstreckte sich in der Nachkriegszeit der deutsche Schäferhund ganz besonderer Beliebtheit. Im Volkstum wird er auch Wollshund oder schlichtweg Postshund genannt. Mit dem Wolf selbst hat diese Rasse nur eine gewisse Ähnlichkeit gemeinsam, seiner Abstammung nach hat er nichts mit ihm zu tun. Er ist wahrhaftig ein direkter Nachkomme des Wildhundes, von dem die anderen Rassen sich auch ableiten. Obwohl der Schäferhunde Haarfeld schlicht ist, so hat er im Körperbau den Adel seines Charakters ausgeprägt. Der etwas über Mittelgröße (im Mittel 65 bis 70 Zentimeter) große Hund mit dem langgestreckten Körper auf den starken Vorder- und den gut entwickelten Hinterläufen, die so eingerichtet sind, daß sie beim Laufen die größtmögliche Geschwindigkeit erreichen können, hat in seinem Gesichtsausdruck etwas Schwermütiges. Der lange Gang, die fergengerade nach oben gestellten Ohren, die jeden Schall auffangen, und die Augen, die jeden Fremden misstrauisch, seinen Herrn aber treu anblicken, bilden eine Einheit, die eben gleich besticht. Wie der Hund in seinem Gesichtsausdruck ist, so ist er auch in seinem Charakter. Falschheit und Heißeit kennt der richtige Schäferhund nicht. Diese Eigenschaften bewirken es auch, daß der Schäferhund so gerne als Sanitäts- und Polizeihund Verwendung fand und noch findet, ja seit Ende des Krieges hat man mit Erfolg versucht, ihn als Blindenhund auszubilden. Unter den vier Rassen, die für den Polizeidienst Verwendung finden, nimmt er den ersten Platz ein und stellt drei Viertel aller Diensthunde überhaupt, während sich Dobermannpinscher, Rottweiler und Wirehafterrier in den Rest teilen müssen.

Zucht und Dressur.

Wenn man sich ein Tier kaufen will, so muß man verschiedene Dinge beachten:

1. Am besten ist es, wenn man sich ein junges Tier auswählt, das man sich selbst so ziehen kann, wie man es sich wünscht. Das beste Alter ist 4 Monate.
2. Man achte genau auf die Abstammung des Jungtieres, vermeide es sorgfältig, aus einem Wurf zu wählen, dessen Eltern scheu, überzüchtet oder sonst leicht erkräftigt sind.

3. Sehe darauf, daß die Jungtiere gute Nahrung bekommen haben und sich gut im Freien haben tummeln können.

Der eigentlichen Dressur geht die Stubenerziehung vor. Das Tier muß vollkommen in der Hand seines Führers sein. Es darf sich nicht allzu weit von ihm entfernen und muß auf Kommando gleich wieder in keiner Nähe sein. Daß er stubenrein ist und nichts anknabbert, ist selbstverständlich. Straßenuntugenden wie Nachlaufen und Nachhaken von vorbeifahrenden Fußgänger und Beschnungen des Fürgersteigs lernt ein wohlzogener Hund natürlich auch nicht. Diese Dinge bringt man dem Hund so früh wie möglich bei. Hat man ihn so weit, so beginnt man die Gehorsamsübungen weiter aus-



zubauen. Er muß mit und ohne Leine neben dem Knie seines Herrn laufen, muß sich auf Befehl legen, hinlegen und laut geben, d. h. bellen. Die eigentliche Dressur soll am besten beginnen, wenn das Tier 1/2 Jahr alt ist. Streng verpönt sind natürlich Peitsche und Stachelhalsband. Für nervöse Menschen sind Tiere im Allgemeinen und Hunde im Besonderen nichts. Sie sollen lieber die Hände davon lassen. Denn vor allen Dingen ist Geduld nötig. Immer wieder muß man dem Tier klar machen, was man will und was es tun soll. Man muß ihm alles in Lustmomente verpacken, deshalb ist es nötig, nach jeder gut vollbrachten Übung das Tier zu loben. So kommen wir denn allmählich zur eigentlichen Polizeihunddressur. Apportieren von Gegenständen, auch über Hüden und Mauern hinweg, Klettern, Springen und Bewachen von Gegenständen wird der Hund gern und freudig machen. Ist er in diesen Dingen firm, gehen wir einen Schritt weiter und bringen ihm die Mannarbeit bei. Unter Mannarbeit verstehen wir die Arbeit am Versuchsoberbretter, der durch einen dicken Mantel gegen die Bisse der Tiere geschützt ist. Der Hund muß nun zuerst selbst lernen, d. h. ein Gelände plan-

mäßig durchsuchen und jede Person oder jeden Gegenstand, den er findet, stellen und durch lautes Bellen seinem Herrn anzeigen, daß er etwas Wichtiges gefunden hat. Jeden Versuch des Gestalteten, zu entfliehen, hat er durch festes Zupacken zu vereiteln. Der Hund lernt alsdann, seinen Herrn gegen Angriffe des Versuchsoberbretters zu verteidigen. So wie der Verbrecher den Arm zu heben versucht, oder weglassen will, muß der Hund fest in den Arm beißen. Andererseits darf er, wenn der Verbrecher ruhig geht oder steht, auf keinen Fall an ihn hochspringen oder wei klaffen, was beizubringen ziemlich lange dauert. Er muß in diesem Falle ruhig aber aufmerksam am linken Knie seines Herrn neben dem Verbrecher stehen hergehen, ohne ihn aus den Augen zu lassen. Der Hund muß so fest in der Hand seines Besitzers sein, daß er selbst von einem stehenden Menschen zurückgerufen werden kann. Eine nicht allzu leichte Sache für ein temperamentvolles Tier. Diese Übungen gehören zu dem, was von einem Schäferhund verlangt werden muß. Will man ihm die ganze Polizeihunddressur beibringen, dann darf man als Krönung des Ganzen das Fährtenlegen nicht vergessen. Nicht jeder Hund ist dazu zu gebrauchen, der eine mocht es von ganz allein, der andere bringt es nie fertig. Deshalb muß man ganz planmäßig vorgehen, dem Tier klar zu machen, was es tun soll. Das Tier soll ruhig am Anfang der Fährte Witterung nehmen und die Spur dann langsam bis zum Finden des versteckten Gegenstandes, einerlei, ob es an der Leine gehalten wird oder nicht, ausarbeiten. Durch dazwischen gelegte neue Spuren darf es sich nicht verwirren lassen. Den gefundenen Gegenstand hat es seinem Herrn zu bringen. Wichtig sind ferner die Idealtätversuche, bei denen der Hund an einem Gegenstand Witterung nimmt und aus einer Menschenmenge den Besitzer herausfinden muß.

Die Dressur des Blindenhundes

beut sich auch auf den Gehorsamsübungen auf. Selbstverständlich ist, daß sich ein Hund fest in der Hand seines Führers ist und dessen Befehle strikt befolgt. Man benutzt hierzu Heber, weiße Hunde, d. h. solche, die sich leichter an ihren Besitzer anschließen. Der Hund muß dann so abgerichtet werden, daß er Hindernisse ausweicht, vor Ueberhöhen des Fahrdammes sich hinsetzt und Gegenstände, die sein Besitzer verliert, ihm apportiert. Lohnt man sein Tier oft, wenn es die ihm aufgetragenen Leistungen macht, dann merkt man bald, wie gern es mit seinem Herrn arbeitet.

Beitzer und Hund müssen eins sein, sie müssen sich beide verstehen. Aber wie oft sieht man mehrere Sammelgattungen auf den Hebungspätzen. Der Herr misshandelt, nervös, monotonisch noch mit Alkohol beladen, bewaffnet mit Peitsche und Stachelhalsband, schleppt hinter sich ein häßliches Unglück mit zurückgelegten Ohren und eingeknicktem Schwanz, das am ganzen Körper zittert. Daß aus dem Zusammenarbeiten nichts wird, ist klar. Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß der volkwirtschaftliche Nutzen der Hundezucht ein ziemlich großer ist. Gemeinde und Staat haben durch Steuern und Ausfuhrzoll Einkünfte, die sie auf anderen Gebieten nicht haben. Gerade deshalb ist es verwunderlich, wie feindselig sie oft den Hundeliebhabern gegenüberstehen.

Zunahme der Verkehrsunfälle um 30 Proz.

Nach den jetzt vorliegenden Zusammenstellungen der Hauptverkehrsstatistik des Polizeipräsidiums in Charlottenburg ist die Zahl der Verkehrsunfälle im letzten Quartale des verflochten Jahres, hervorgerufen durch Zusammenstöße aller Art, wiederum erheblich gegen die Zahl der Verkehrsunfälle im 3. Quartale gestiegen, und zwar von 1745 auf 2285. Dabei wurden 35 (34) Personen getötet und 947 (737) Personen mehr oder weniger schwer verletzt. In der Spitze der Zusammenstöße markieren die Personentransportwagen, d. h. die Privatautomobile, mit 557 (449) Fällen, 9 (5) Getöteten und 245 (177) Verletzten Personen. Dann folgen die Straßenbahnen mit 336 (331) Fällen, 9 (19) Getöteten und 210 (173) Verletzten Personen, die Kraftfahrzeuge mit 300 (218) Fällen, 2 (6) Getöteten und 84 (71) Verletzten Personen, die Kraftdroschken mit 233 (210) Fällen, 6 (4) Getöteten und 132 (81) Verletzten Personen, die Pferdegeleise mit 26 (115) Fällen, 2 (-) Getöteten und 63 (37) Verletzten Personen. Die Kraft-

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

1) Von Wilhelm Hegeler.

1. Als Elisabeth von ihrem morgendlichen Beforgungsgang zurückkam, war sie überrascht, ihren Mann noch zu Hause anzutreffen. Während Margret die letzten Kleinigkeiten in ihren Koffer legte, ging der Professor, der sonst um diese Zeit bereits längst die Fahrt nach seinem bakteriologischen Institut angetreten hatte, auf und ab und sprach mit der Lebhaftigkeit eines Mannes, der von seinem Gegenstand ganz erfüllt ist, über die Geschlechtsunterschiede bei *Bonellia viridis*, welche die bei den Menschen bei weitem übertrafen.

„Du wunderst dich, daß ich noch hier bin,“ sagte er zu seiner Frau. „Aber ich konnte Margret doch nicht den letzten Morgen allein lassen.“

„Roland hat mir eben einen sehr interessanten Vortrag über die Frauen gehalten. Das heißt, eigentlich mehr über unsere Urninnen, die — wie heißen sie noch?“

„*Bonellia viridis*, ein Meereswurm, aus der Gruppe der Cephallen. In morphologischer Beziehung wirklich hoch interessante Tiere. — Aber nun will ich euch nicht länger fädeln.“

„Du wolltest mir doch noch den Koffer zuschießen.“

„Natürlich! Daß ich das nur vergaß! Da siehst du, wie eingebildet wir Männer sind. Ich dachte, du wünschtest wissenschaftliche Aufklärungen von mir, statt dessen brauchst du das Schwergewicht meiner Person zu ganz anderen Zwecken.“

„Nach von deinem Schwergewicht nur nicht zu stürmisch Gebrauch,“ sagte Margret, als ihr Schwager sich etwas derb auf den Koffer niederlegte, „sonst zerdrückt du mir noch meine Toiletten.“

„Sie werden nicht gleich explodieren, wenn es auch Kampfwaffen sind. — Aber was ist das?“

Der Professor schwenkte einen seidenen Strumpf in der Hand, den Margret offenbar vergessen hatte einzupacken.

„Schau, Schau, auch der gehört ins Kapitel der ekzorischen Sexualcharaktere. Vom hygienischen Standpunkt aus sehr verbesserungsfähig, vom ökonomischen Standpunkt aus blödsinnig, aber vom Standpunkt der weiblichen Waffentechnik aus glänzend.“

„Willst du ihn wohl wieder hergeben!“ sagte Margret und suchte ihrem Schwager den Strumpf, den er vor ihr auf und nieder tanzen ließ, zu entreißen. „Wenn du dich für Seidenstrümpfe so begeisterst, dann schenke doch Elisabeth welche zum Geburtstag.“

„Das ist ein Gedanke. Soll ich?“ wandte er sich an seine Frau.

„Ach, Unsinn!“ erwiderte diese lächelnd. „Was soll ich mit so kostbaren Seidenstrümpfen?“

„Siehst du!“ erklärte Hoff und rühte befriedigt an seiner Hornbrille. „Wenn ich Elisabeth Seidenstrümpfe schenke, sie würde sie einen Tag lang bewundern und am nächsten gegen irgendwelche praktischen Sachen für die Kinder umtauschen. Da hast du wieder ein Naturgesetz. Wenn das Paar sich gefunden hat, wird Hallali gelassen. Die Liebesjagd ist zu Ende. Die kostbaren Waffen räumen friedlicheren Instrumenten den Platz.“

„Dann bin ich für den Krieg!“ erwiderte Margret. „Nieder die praktischen Sachen! Es leben die Seidenstrümpfe!“

Und dem Schwager den Strumpf aus der Hand reichend, schwang sie ihn wie eine Fahne durch die Luft.

„Recht hast du,“ legte Elisabeth. „Wofür bist du jung!“

„Bist du nicht auch jung?“

„Meine liebe kleine Schwägerin,“ begann der Professor wieder, „du magst dich noch so eifrig auf die Seidenstrümpfe verschwören, eines Tages werden die anderen Sachen doch triumphieren. Du wirst dich dem Gesetz der Natur beugen und dein Zukünftiger auch. Denn ihr werdet es gar nicht anders wollen. Das ist das Geheimnis. Wenigstens bei allen gesund und natürlich empfindenden Menschen ist das der Fall. Und die deutsche Frau —“

„Der — die deutsche Frau!“ sagte Margret. „Die gehört in die Psychologie.“

„Sie ist eine Erfahrungstatsache. Das weiß ich nun wirklich besser,“ erwiderte der Professor, indem er mit einer leichten Gebärde der Färllichkeit den Arm um den Nacken seiner Frau legte. „Nicht wahr, Elisabeth, ich habe dich lieb, ob du Seidenstrümpfe trägst oder nicht. Und du hast mich lieb, wenn ich auch weh, daß ich nicht mehr der erste in deinem Herzen bin, sondern höchstens primus inter pares. — Aber nun ist es wirklich höchste Zeit für mich. Also, liebe Schwägerin —“

Er wollte sich gerade von Margret verabschieden, als das Dienstmädchen mit einigen Briefen hereinkam. Elisabeth nahm sie ihm aus der Hand, und den ersten nach einem schnellen Blick auf die Adresse in der Marktförbchen legend, sagte sie:

„Der ist für mich. — Hier!“

Damit gab sie den anderen Brief ihrem Mann, der ihn durchslog und dann sagte:

„Da ist wieder dieser Mister Benson. Jetzt will er mich gar in meinem Haus auffuchen. Empfange du ihn doch, Elisabeth! Du weißt ja, es handelt sich um den Verkauf der

Bibliothek eines Kollegen. Sie soll nicht ins Ausland gehen. Aber der Mann läßt nicht locker. Sag ihm, daß ich sehr bedauere, ihn nicht empfangen zu können. Und wenn er mich in Labor aufsuchen will, schicke irgend etwas vor. Sage ihm, ich experimentierte augenblicklich mit virulenten Pestbazillen, und ein Besuch bei mir wäre lebensgefährlich. Aber nun schnell ab durch die Hintertür, sonst erwischt er mich am Ende doch noch hier. — Also, liebe Schwägerin —“

Nach einigen scherzhaften Wechselreden, während Margret sich über ihren Schwager bedankte, daß er nicht so viel heiliger Eifersucht die stürmische Anruhe ihres Besuches hätte über sich ergehen lassen, und dieser versicherte, von Sturm könne gar nicht die Rede sein, sondern nur von einem erfrischenden Frühlingswind und daß er bedauere, durch seine wissenschaftlichen Abhaltungen am vollen Genuß des Besuches gehindert worden zu sein, verließ der Professor das Zimmer.

„Drollige Ideen, die Roland da ausgepackt hat! Ich denke, er hat sie von da unten her, von seinen Wilden mitgebracht, obwohl es ja auch in Deutschland noch Männer genug gibt, die solch einen mittelalterlichen Standpunkt vertreten. Was denkst du, Elisabeth?“

Aber diese schien gar nicht zu hören, so war sie in den Brief vertieft, den sie soeben bekommen hatte. Eine Weile sah Margret ihr stillschweigend zu.

Die Schwestern waren mehr artverwandt als einander ähnlich; beide feingliedrig, von schlanterem Wuchs, mit abfallenden Schultern, dabei aber von jener gesunden Rasse, die auch ihren überfeinerten Epäulungen das Stahlgewerk körperlicher Widerstandskraft und innerer Haltung mitgibt; ihre schmalen Gesichter trugen keine, sehr regelmäßige Züge und eine empfindliche Haut, die leicht jede Wallung des Blutes vertret. Die jüngere war die kleinere, ihre Nase war leicht gebogen, während die Elisabeths gerade war; das gab Margrets Gesicht einen energischeren Zug gegenüber dem weicheren der Schwester. Aber es schien nicht nur Zufall, daß die eine im vollen Tageslicht und die andere dem Fenster abgewandt saß, es schien vielmehr, als hätte ihr Weien die Wahl dieser Beleuchtung unwillkürlich beeinflusst, deren Halbschatten dem Gedämpften, Begläuteten und Unscheinbaren in Elisabeths Ausdruck und Kleidung entsprach, während das helle, ungebändigte Sonnenlicht dieses windigen Aprilhimmels nicht nur von draußen hereinkam, sondern von Margret in ebenjohler Fülle zurückgestrahlt wurde, von dem Sprühen der blauen Augen, dem Weiß der leicht sichtbaren Zähne, den heißen Tönen des blonden Haars bis zu dem Funken der Bürstechnalle auf ihrem dunkel bronzernen Kostüm und den Glanzlichtern auf ihren Halbschuhen von derselben Farbe.

(Fortsetzung folgt.)

räder mit 158 (151) Fällen, 1 (—) Getöteten und 81 (73) Verletzten Personen, die gewöhnlichen Fahrräder mit 142 (140) Fällen, 3 (—) Getöteten und 71 (63) Verletzten Personen, die Kraftomnibusse mit 81 (37) Fällen, 1 (—) Getöteten und 31 (16) Verletzten Personen. Endlich die Kleinkraftfahrzeuge mit 73 (62) Fällen, 1 (—) Getöteten und 27 (44) Verletzten Personen. Auch bezüglich der Schuld stehen die Privatautomobile an erster Stelle. Auf ihr Konto entfallen 305 Zusammenstöße, auf das der Fußgänger 224, der Kraftwagen 154, der Kraftdroschken 138, der Straßenbahn 128, der Pferdegespanne 121, der gewöhnlichen Fahrräder 102, der Kleinkraftfahrzeuge 32 und der Kraftomnibusse 31.

Der „heilige“ Rasen.

Heilig, dreimal heilig ist jeder Rasenstreifen in Preußen. Das war immer schon so. Wer früher, als wir noch königlich waren und eine königliche Polizei hatten, den Rasen betrat in öffentlichen Anlagen und Parks, der wurde hart bestraft. Doch die Todesstrafe nicht wegen dieses Vergehens ausgesprochen wurde, war lediglich ein Versehen. In London ist das anders und richtiger. Da kann jeder auf den Rasen gehen und sich sogar auf den Rasen legen und setzen. Das schadet dem Rasen nichts, nutzt aber dem ermüdeten Großstadtmenschen und dem armen Luder, das sonst keine andere Erholung kennt, als sich auf einem Rasen unter grünen Bäumen auszustrecken. In Berlin ist der Rasen heilig bis auf den heutigen Tag. Welcher Unfug mit den Bestrafungen wegen Betreten eines städtischen Rasen getrieben wird, beweist folgender Fall, der uns mitgeteilt und urkundlich belegt wird. Ein Mann hatte versehentlich einen Rasenstreifen an der Städtischen Badeanstalt in der Bismarckstraße betreten, ein Stückchen Rasen, das klein und käsig ist und auf dem überhaupt kaum Rasen wächst. Sofort war der Parkwächter hinter ihm her, der eigentlich auch bestraft werden müßte, wenn er den geheiligten Rasen betritt, und der „verflucht schwere Verbrecher“ erhielt ein Strafmandat über 6,50 Mark. (Im Falle die Strafe nicht beigetrieben ist, einen Tag Haft.) Eigenartig genug ist aber auch die Zusammenrechnung und die Art und Weise, wie auf dem polizeilichen Strafbescheid die 6,50 M. errechnet werden. Da heißt es nämlich: Fünf Mark Geldstrafe, 10 Pf. Postkosten und 1,20 M. Schreibgebühren. Auf der Adresse des polizeilichen Strafmandats stehen tatsächlich und merkwürdigerweise Marken im Werte von 30 Pf. Ein Brief in Berlin aber kostet nur 5 Pf., und die sogenannte vereinfachte Zustellung kostet doch nichts. Und 1,20 M. Schreibgebühren für das Hinschreiben von fünf Zeilen, das ist, weiß Gott, ein Geschäft, das noch was einbringt. Wie immer, die ganze Geschichte mit dem verbotenen Rasen ist vielfach grotesk und muß lieber heute als morgen aus der Welt geschafft werden.

Neue Milchpreisgestaltung.

Bei reichlichem Milchangebot herabgesetzter Preis.

Die letzten aufsehenerregenden Preisstellungen des „Bismarck“ über den Berliner Milchstand haben ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Zwischen dem Berliner Milchhandel und der Landwirtschaft ist gestern endlich ein Abkommen zustande gekommen, durch das ein allmählich und unvollständig gemessenes System der Preisermittlung für Rohmilch wenigstens zum Teil aufgehoben worden ist.

Seit Jahr und Tag war der Milchpreis bekanntlich vom Butterpreis abhängig und je nach der Konjunktur der Preis für Milch in oftmals vollkommen unterschätzter Weise. Dieses Abhängigmachen des Preises des Rohproduktes vom Endprodukt führte bekanntlich zu den letzten geschiederten skandalösen Vorgängen, daß an einigen Tagen in Berlin täglich 200.000 Liter mehr eingingen, als verkauft werden konnten. Die Milch mußte, soweit es überhaupt möglich war, zu Butter und Käse verarbeitet werden, und die Milchlieferungsvereine Berlin wandte sich an gemeinnützige Vereine, Gewerkschaften usw., denen sie die Rogermilch kostenlos anbot, ohne allerdings auf große Genugtuung zu stoßen. Der Grund für diese so unangenehme Lieberwinnung Berlins mit Frischmilch zur Winterzeit war vor allem darin zu suchen, daß die Meierereien auf dem Lande käuflich ihre gesamten Bestände an Milch nach Berlin abließen, weil der Preis für Frischmilch augenblicklich höher als Verdienst abwar, als die Butter. Diese unerhörten Vorgänge, namentlich aber die Tatsache, daß ein so wichtiges Produkt nicht ungenutzt in der Großstadt verderben dürfe, veranlaßte die Landwirtschaftskammer selbst, eine Veränderung der Milchpreisfestsetzung anzupreisen. In längeren Verhandlungen mit dem Berliner Milchhandel ist jetzt eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Relation zwischen Milchpreis und Butterpreis variabel gestaltet wird und zwischen 1:8 und 1:10 schwankt. Das bedeutet in der Praxis, daß bei reichlichem Milchangebot der Preis herabgesetzt wird, und daß im Kleinhandel die Milch gegenüber dem bisher geltenden Preis um rund 6 Pf. gekürzt werden kann. Es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit mit dem System der Relation überhaupt gebrochen wird und daß auch im Milch- und Butterhandel lediglich Angebot und Nachfrage die Preise regelt.

Der Erfinder des Stromerzeugers U wiederum verurteilt

Auch die Berufungsinstanz des Landgerichts I kam nach wochenlangem Verhandlung zu demselben Ergebnis wie das Schöffengericht und verurteilte den Ingenieur Urub wegen fortgesetzten Betruges. Bekanntlich hatte Urub behauptet, daß er einen Apparat erfunden habe, der Elektrizität aus der Luft erzeugen könne. Das Schöffengericht hat v. Urub, der sich nebsther auch des Scheckbetruges und des Kreditwindels schuldig gemacht hat, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Landgerichtsinstanz hat in der Urteilsbegründung ausführlich, hat der Angeklagte Urub den Beweis für seine Erfindung, trotzdem ihm im Gefängnis alle Möglichkeiten gegeben waren, daß der Apparat kein Schwindel sei, nicht erbringen können. Allerdings habe der Angeklagte diesen Beweis nicht zu erbringen, sondern er müßte ihm der Schwindel vom Gericht nachgewiesen werden. Nach den Gutachten der Sachverständigen ist der Apparat eine Attrappe und es handelt sich, wenn er Leuten vom Fach in brennendem Zustande vor Augen geführt worden ist, um einen Trick und um Lug und Trug. Das Gericht stellte ausdrücklich fest, daß der Apparat ein Schwindel ist, weil es dieser Feststellung nicht bedurfte, um den Angeklagten zu verurteilen, denn er hat durch schwindelhafte Reklame zahlreiche Leute zur Vergabe von Geld veranlaßt. Die Devag (Internationale Elektrizitätsversorgungsgesellschaft) war die goldene Kaufstelle für die Geldgeber, denen er wertvolle Anzeigenscheine als Sicherheiten gab. Außerdem hat sich der Angeklagte als Angehöriger der bekannten Welsfamilie v. Urub und als reicher Mann ausgegeben und Betrügereien durch die Ausgabe gefälschter Dollarchecks auf amerikanischen Banken in großen Mengen schuldig gemacht. Das Gericht hat jedoch die Strafe etwas herabgesetzt und den Angeklagten zu vier Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Jahr neun Monate wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet. Von der Reststrafe soll der Angeklagte noch 1 1/2 Jahre verbüßen und für den Rest Bewährungsfrist erhalten.

Die „große Wäsche“ im Badezimmer.

Wegen rechtswidrigen Gebrauchs einer Pfannkuchenwanne wurde ein Potsdamer Hauswirt vor dem Niederschöffengericht gegen den Maßstab einer höheren Verbrannt auf Räumung der Wohnung. Die Familie des Verklagten scheint seit Jahren das Badezimmer in eine Wäschekammer und die Vorderkammer in einen Trockenschrank verwandelt zu haben. Trotz wiederholter Abmahnung wurde große Wäsche im Badezimmer getrocknet und in den Gimmern getrocknet. An solchen Wochentagen

berichten im Badezimmer derart stinkuliche Zustände, daß die übrigen Hausbewohner das Wasser, das durch die Decke fließt, mit Händen auffangen mußten. Und die Belüftung blieb nicht aus. Kurz vor Weihnachten kaufte der Fuhrmann des Badezimmers mit großem Krach in die Ziege. Das Potsdamer Schöffengericht erkannte auf Räumung der Wohnung und sah von Stellung einer Ersatzwohnung logar ab.

Kreis-Mitgliederversammlungen!

Tagesordnung: Der Rechtsturs in Deutschland.

Schöneberg: Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, Schulaula Feurigstr. 57. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Mitte: Freitag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Ruffstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Referent: Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Tiergarten: Freitag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Arminiusballei, Bremer Str. 72. Referentin: Mathilde Burm, M. d. R.

Schieber und Geschobene.

Die großen Autoschiebungen beim Reichsoverwertungsamt.

Die Hauptverhandlung wegen großer Schiebungen mit Automobilen aus den Beständen des früheren Reichsoverwertungsamtes wird am 18. Februar vor dem Großen Schöffengericht Tempelhof unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Sachs beginnen und das Gericht mehrere Wochen beschäftigen. Diese Angelegenheit, über die wir bereits mehrfach berichtet haben, beschäftigt die Staatsanwaltschaft II bereits seit dem Jahre 1921, sie wurde zunächst unter dem Rubrum „Troschke und Genossen“ wegen Betruges geführt, es ist jedoch dann nur Anklage wegen Untreue und Bestechung erhoben worden, und die Strafsache wird jetzt nach dem Namen eines der Hauptangeklagten als „Fitte und Genossen“ geführt. Die Anklage richtet sich gegen die Abteilungsleiter, Beamte, Angestellte, Mitglieder und Vorsitzende des Betriebsrats des ehemaligen Reichsoverwertungsamtes sowie verschiedene Automobilhändler.

Angeklagt sind folgende 19 Personen: 1. Der Techniker Fitte, 2. der Magistratsbureauschleife Wilhelm Heinze, 3. der Kaufmann Albert Blaurock, 4. die Sekretärin Brag, 5. die Sekretärin Maria Kiehn, 6. der Händler Hermann Mechow, 7. der Galawirt Erich Sauer, 8. der Kunstmaler Hermann Müller, 9. der Arbeiter Richard Steinke, 10. der Kaufmann Otto George, 11. der Ingenieur Otto Reppert, 12. der Automobilhändler Fritz Troschke, 13. der Kaufmann Fritz Neu, 14. der Automobilhändler Emil Burckard, 15. der Automobilhändler Hans Birkenfeld, 16. der Automobilhändler Max Kiesel, 17. der Obsthändler Emil Janitz, 18. der Kraftdroschkenbesitzer Paul Linde, 19. der Mechaniker Richard Stechow. Die Hauptangeklagten waren im Jahre 1921 bei Beginn der Untersuchung in Haft genommen worden, sind dann aber gegen Sicherheitsleistung wieder freigelassen worden. Das Reichsoverwertungsamt hatte bei der Verwertung der aus Heresbeständen kommenden Automobile früher Versteigerungen vorgenommen, die aber wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten Anfang 1920 eingestellt wurden. Von diesem Zeitpunkt ab sollten die Automobile nur an kriegsbeschädigte abgegeben werden, die mehr als 50 Proz. Kriegsschädigt waren und bereits vor ihrer Verletzung im Besitz eines Führerscheines gewesen waren. Diese Bestimmungen waren in Tempelhof öffentlich angeschlagen. Als besondere Vergünstigung war den kriegsbeschädigten noch eingeräumt, daß sie den Kaufpreis in Kriegsanleihe leisten konnten. Zu jener Zeit bestand eine große Knappheit an Autos auf dem Markt, und es war eine erhebliche Nachfrage vorhanden. Die durch die Verfügung vom Erwerb ausgeschlossenen Automobilhändler suchten nun auf Umwegen sich in den Besitz der begehrten Kaufobjekte zu setzen. Als erster erhob der Angeklagte George auf dem Plan, der sich an weibliche Angehörige heranzumachte, ihnen Schokolade brachte und sie zu einer kleinen Frier in eine Feinstube einlud. Man ging nun in der Weise vor, daß kriegsbeschädigte denutz wurden, die als Käufer auftraten und auf diesem Umwege George zu den begehrten Autos verholfen. Bald bemächtigten sich auch andere Automobilfirmen und Händler dieser günstigen Kaufgelegenheit, und es wurde schließlich nahezu offen mit den Schiebungen verfahren. Nicht nur, daß Agenten in Bewegung gesetzt wurden, sondern man suchte sogar durch Inzerate kriegsbeschädigte. Da nach der Anklage die Abteilungsleiter Fitte und Heinze sowie die bei der Ausgabe in Frage kommenden Beamten ins Einzelne genommen waren, wurden die Bedingungen gar nicht erst geprüft. Es meldeten sich Leute aus allen Berufen, die kriegsbeschädigt waren und niemals ein Auto gesteuert hatten. Ihnen wurde an der Kasse das Geld für den Kaufpreis in die Hand gedrückt und die Autos wurden gleich von den Händlern in Empfang genommen. Selbstverständlich erhielten die Beamten eine entsprechende „Provision“. Andererseits wurde vielfachen Empfangsberechtigten von den Veräußerern Hindernisse in den Weg gelegt, wenn sie als Käufer auftraten.

Gefährliche Freundschaft.

Das Opfer eines gemeingefährlichen Schwindlers, der auf die Heiratslust älterer Frauen spezialisiert, sind zahlreiche Witwen und ältere Mädchen geworden. Der Gärtner Karl Urban, ein schon einmal vorbestrafter Mann, hatte es verstanden, sich diesen Frauen durch Heiratsinzerate zu nähern. Nach-

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 22. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40 Uhr abends: Vortrag Hans Borowik: „Deutschland und die nächste Olympiade“. 7—7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abt. Bildungskurse). 7 Uhr abends: Handlungskurse. W. Behnisch: „Einfache Buchführung“. 7.30 Uhr abends: Literatur und Kunst. Mr. Pender, Lektor an der Universität Berlin: „Englische Literaturgeschichte“ (in englischer Sprache). 8.30 Uhr abends: Moderne Meister. 1. a) Morgen (John Henry Mackay) Richard Strauß, b) Traum durch die Dämmerung (Otto Julius Bierbaum) Rich. Strauß, c) Zueignung (Hermann v. Gilde) Richard Strauß, d) Ach, weh mir unglücklichen Mann (Felix Dahn) Rich. Strauß (Richard Koonocke, Bariton. Am Flügel: Cecil Preuß). 2. a) Largo, A. Müstel, b) Elégie, J. Massonet, c) Andante religioso, A. Guilmant, d) Menuett, J. Mouquet (Kammervirtuose Karl Stabernack, Harmonium). 2. Ans des Knaben Wunderhorn, Mahler: a) Das Rheinleiedchen, b) Scheiden und Meiden. c) Starks Einbilbungskraft, d) Hans und Grete (Lilly Droyfuß, Alt). 4. a) Réverie, A. Müstel, b) Villagoise (Bauerntanz), A. Guilmant, c) Postillum, C. Franck (Karl Stabernack), 5. Chinesische Lieder, Hubert Pataky: a) Herbstlied (Lo-Tschan-Mai, 1834—1867), b) Das Lied der Menschen (Khang-Fu-Tao, 551—478 v. Chr.), c) Die Lotusblumen (Li-Tai-Po, 702—763), d) Auf dem Fluß (Thu-Fu, 714 bis 74) (Richard Koonocke, am Flügel: Cecil Preuß). 6. a) In meiner Heimat (Karl Basso) Rich. Frank, b) Pau (Theo Schäfer) Rich. Frank, c) Weylas Gessang (Mörke) H. Wolf, d) Der Gärtner (Mörke) H. Wolf (Lilly Droyfuß). 7. Freie Improvisationen (Karl Stabernack). Am Flügel: Otto Urack. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagessachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theatervorabend, 10.30—12 Uhr abends: Tansmusik.

dem er das Vertrauen der jeweiligen „Brau“ erworben hatte, postete er den günstigen Augenblick ab, um sie zu befehlen. Er verfuhr dabei mit einem ganz besonderen Raffinement. So wurde eine alleinlebende Frau durch einen fingierten Brief aus der Wohnung gelockt. Die Abwesenheit bemalte Urban, um in die Wohnung einzudringen und diese vollständig auszulüften. In derselben Weise ist er auch mit anderen Frauen verfahren. Ganz besonders schwer wurde eine Frau dadurch betroffen, daß er ihr Leberleiden, die sie als Kommissionsware von einer Firma erhalten hatte, stahl. Das bedauernde Opfer muß noch heute, da sie von der Firma schadenerschuldlich gemacht wird, einen erheblichen Teil ihres Vermögens zur Abzahlung verwenden. Der Angeklagte wollte sich an nichts mehr erinnern können und suchte den Eindruck eines Gefährten zu erwecken. Nach den Beobachtungen des Oberarztes Dr. Hoffe ist Urban allerdings ein geistig beschränkter und höchst minderwertiger Mensch, aber voll verantwortlich. Dieses Gutachten reichte den Angeklagten noch einmal vor dem Zuchthaus, obwohl er es nach Ansicht von Staatsanwaltschaftsrat Birke reichlich verdient hätte. Das Schöffengericht Tempelhof verurteilte den Angeklagten Urban zu zwei Jahren Gefängnis und längerem Erbroeris.

Der Brief als „Verhältnis“.

Zu den Autogrammdiebstählen des Privatgelehrten Hautt.

Die wegen der Autogrammdiebstähle in Museen und Archiven in Haft genommenen Dr. Karl Hautt und sein Freund Karl v. Hohenlocher sind bereits eingehend vernommen worden. Wenn das, was Dr. Karl Hautt angibt, zutrifft, dann handelt es sich bei ihm um eine sexuelle Abirrung und ein Seelenleben sonderbarster Art.

Hautt behauptet, daß er schon als 15jähriger Knabe im Jahre 1883 beim Ansehen von Unterschriften berühmter Persönlichkeiten in Erregung geraten sei. Ganz besonders hätte zuerst die Unterschrift des russischen Staatskanzlers Fürst Gortschakoff bei ihm eine große Anziehungskraft ausgeübt und er habe den unwiderstehlichen Drang gehabt, die Schriftzüge nachzuahmen, was für ihn wiederum einen besonderen Reiz gehabt habe. Später habe er diese Gefühle besonders bei den Unterschriften von Bis marck und Eduard VII. gehabt. Wenn er einen Brief in Händen hatte, so habe er das Empfinden gehabt, daß er mit dem Brief in einem Verhältnis lebe. Wie aber ein Verhältnis schließlich einmal erlosche, so habe er auch den Brief mit der Zeit überkommen. So ist es zu erklären, daß er die Briefe, wie durch inneren Drang getrieben, an sich gebracht habe, um sie eines Tages wieder zu verkaufen und andere zu erwerben, die ihm wieder eine neue Aufpeitschung seiner Nerven bereiten hätten. Besonders auffällig ist es, daß ihn nur Briefe berühmter Männer und nicht Briefe berühmter Frauen interessierten. Dr. Hautt bestreitet im übrigen, daß er in dem bisher gemeldeten Umfang die Anzeigen vorgenommen habe. Den größten Teil der Briefe, die man bei ihm gefunden habe, habe er käuflich erworben und es sei auch nicht richtig, daß er die Archive halb Europas ausgeplündert hat. Seine Entwendungen erstreckten sich nur auf die Archive in Wien und das Hohenzollernarchiv in der Spandauer Straße. Dr. Hautt will für seine Handlungen nicht verantwortlich sein und bezeichnet als die Triebfeder seines Tun seinen Egoismus. In bezug auf seinen Freund Karl v. Hohenlocher gibt Dr. Hautt an, daß er ihn vor einigen Jahren kennen gelernt und ihn veranlaßt habe, den Handel mit Autogrammen zu seinem Lebensberuf zu machen. v. Hohenlocher ist 1891 in Wien geboren. Sein Großvater Conrad Rudolf v. Hohenlocher ist angeblich ein natürlicher Sohn des letzten Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen gewesen. v. Hohenlocher bestritt, gewußt zu haben, daß Dr. Hautt Autogramme, die er verkauft hat, auf unrechtmäßige Weise an sich gebracht habe. Das wird auch von Dr. Hautt bestritten.

Preussisches Kuriositätenkabinett.

Es hat immer Leute gegeben, die eine geradezu närrische Liebe für Antiquitäten und für alle Gegenstände, die ein anderer für Gerümpel und Klammotten erklärt, wie der Berliner sagt. Die Liebe dieser Leute kommt voll auf die Kosten, wenn sie sich im Wartezimmer des preussischen Landtags befinden und hier einmal umschau halten. Sie werden dann bald erkennen, daß sie kein Kuriositätenkabinett aufzusuchen brauchen. Da hängt zum Beispiel an der einen Wand eine schöne große Karte mit der Ueberschrift: Verwaltungsbereiche der königlich preussischen Eisenbahndirektionen. Unverständlich, warum dieser Plan nicht längst in die historische Abteilung des Verkehrsmuseums gewandert ist. Aber es kommt noch besser! An der anderen Wand hängt ein Plan von der Stadt Berlin. Aus diesem Plan ersieht man, daß Berlin ein kaiserliches Patentamt, ein königliches Schauspielhaus, eine königliche Charité, eine königliche Klinik und einen königlichen Botanischen Garten hat. Man kann ferner aus dieser kuriosen Karte lernen, daß das Tempelhofer Feld der Exerzierplatz der Berliner Garnison ist und daß es in der Nähe dieses Exerzierplatzes einen Borort von Berlin mit Namen Rigdorf gibt! Daß Berlin eine Untergrundbahn besitzt, verriert der Plan nicht. Aus dieser Karte kann man erkennen, aus welchem Jahr dieser wunderwolle Plan der Stadt Berlin stammt. Gewiß, wir wissen, daß man uns entgegenhalten wird, Preußen und die preussische Verwaltung besitz kein Geld, um einen neuen und richtigen Plan von Berlin zu kaufen. Ob insofern diese Behauptung richtig ist, muß man hier in Zweifel ziehen, wenn man sieht, daß im preussischen Abgeordnetenhaus allerhand kostbare Messingplatten vorhanden sind, an denen diese Kuriositäten hängen. Verkauft diese Dinger und kauft dafür richtige Pläne und Zeichnungen mit richtigen Namen und sieht sie an die Wand. Das sieht denn zwar nicht so prunkhaft aus, bringt aber Wahrheit. Oder sollte man am Ende gar im Gegenteil diese Kuriositäten aufbewahren und hüten, weil man der Ansicht ist, daß über kurz oder lang königlich und kaiserlich ja doch wieder Trumpf sein werden? Nun, die das glauben, werden sich gründlich irren! Wie immer! Die Verwaltung des preussischen Abgeordnetenhauses muß aufgefordert werden, diese lächerlichen Kuriositäten lieber heute als morgen erst zu entfernen.

Kommunistische Taktzüge. Am gestrigen Mittwochabend fand im Sportpalast eine von der kommunistischen Partei veranstaltete Gedenkstunde für den vor einem Jahr verstorbenen Lenin statt. Die Kommunisten sammelten sich in ihren Bezirken und zogen mit brennenden Fackeln, jubelnden roten Fahnen, Symbolen und Takteln nach dem Sportpalast, wo u. a. Frau Gohle (Ruth Fischer) eine politische Ansprache an die Versammelten hielt.

Weiterbildungskurse. Deram Freitag beiramen folgende Kurse: Da 4. Erziehungsproblem: (Genosse Böhm, E. S. u. S.) in der Kassenkassa des Reichsanwaltschafts, Weid-Preussische, abends 7 1/2—9 Uhr. — Wollfbergische und Sozialdemokratische (Genosse Albert Herlich) in Tempelhof, Gemeindefeinde Weid-Preussische, abends 7 1/2—9 Uhr. — Parteiliche Reichsstaatsrecht (Genosse Stadler, E. S. u. S.) in der 71. Gemeindefeinde, Berlin O. Preussische, 33.

Sprechstunde für preussische Arbeiter. Die preussische Arbeiterkammer hat eine Sprechstunde am Sonnabend den 24. Januar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal der Sophienkirche, Weid-Preussische, Straße 10/11.

Die Kritik der Staatsbibliothek Meißn vom 22. 24. Januar abgeschlossen. Verfassungen in die Verlässe werden auch mit dem 24. Januar abgeschlossen.

Jugendveranstaltungen

Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Sitzung des V. G. im Festsaal des Jugendheims Lindenstraße 2.

Heute, Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Schachklub: Schachklub, Schule Lindenstr. 17, Vortrag: „Entwicklung des Schachspiels“. — Schachklub: Schachklub, Schule Lindenstr. 17, Vortrag: „Entwicklung in die Schachwelt“. — Schachklub: Schachklub, Schule Lindenstr. 17, Vortrag: „Schach und Kultur“.

- 1. Kreis Wehling, Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde...

Heute, Donnerstag, den 22. Januar:

Morgen, Freitag, den 23. Januar:

Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Arbeiter-sport.

Sport.

Das 13. Sechstagerrennen.

Die letzte 5-Uhr-Wertung.

Der Stand des Rennens nach der 5-Uhr-Nachmittagswertung

Wetter für Berlin und Umgebung.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin

3. Festkonzert am Sonntag, den 25. Januar 1925, nachm. 3 1/2 Uhr...

Wirtschaft

Miszellen aus dem Bürgerblock-Etat.

Die Grundlinie, die durch den Etat von 1925 hindurchgeht...

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Arbeiter-sport.

Sport.

Das 13. Sechstagerrennen.

Die letzte 5-Uhr-Wertung.

Der Stand des Rennens nach der 5-Uhr-Nachmittagswertung

Wetter für Berlin und Umgebung.

brauchen, um unsere Produktionsmaschine in Gang setzen zu können...

Die Grundlinie, die durch den Etat von 1925 hindurchgeht...

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Arbeiter-sport.

Sport.

Das 13. Sechstagerrennen.

Die letzte 5-Uhr-Wertung.

Der Stand des Rennens nach der 5-Uhr-Nachmittagswertung

Wetter für Berlin und Umgebung.

Deutsche Petroleum-Rügerswerke.

Frankreichs widerspruchsvolle Handelspolitik.

Der große Vorzug des Sachverständigenrats...

Deutschland hat in den Reparationsverhandlungen mit Recht geltend gemacht...

Die Auslandskredite der Länder und Gemeinden.

Tag der Abrechnung im Landtag.

Die Krisenmacher werden gebrandmarkt.

Abg. Stendel (Dsp.) schließt seine Rede im Landtag, über die wir zum Teil schon im Abendblatt berichteten, mit den Worten: Der psychologische Augenblick ist gekommen für eine bürgerliche Regierung, jetzt, wo wir die Mehrheit im Landtag haben. (Widerstand links.) Wir sind nicht gewillt, diese Minderheitsregierung zu bilden. Das ist nicht lange mehr im Arme bleibt, dafür wird die Deutsche Volkspartei sorgen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Ministerpräsident Braun:

Der Abg. Stendel ist auf Ausführungen von mir zurückgekommen, die ich bezüglich der Urheber der Revolution gemacht habe. Ich hatte meine Erklärungen aufrecht (Großer Lärm rechts.) und trete für den Wortlaut ein, zu jedem Worte stehe ich, was ich damals gesagt habe. (Der Ministerpräsident verliest den Wortlaut aus dem amtlichen stenographischen Bericht.) „Wenn am 9. November 1918 es überhaupt Leute gegeben hat, die die Revolution geschaffen haben, dann haben sie diejenigen geschaffen, die uns in den Krieg hineingeholt haben.“ (Andauernde betäubender Lärm auf der Rechten.) Diesen Satz halte ich aufrecht. (Andauernde stürmische Applaus auf der Rechten; die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten springen auf und drängen unter andauernden immer wiederholten Pfuirufen aus dem Saale hinaus, ebenso ein Teil der Deutschen Volkspartei. Vizepräsident Dr. Forst bemüht sich längere Zeit vergebens, die Ruhe wiederherzustellen.)

Ministerpräsident Braun (fortfahrend): Wollen Sie noch alle dem amtlichen Material, was veröffentlicht worden ist, befreiten, das haben und drüben Kräfte am Werke gewesen sind, um zum Kriege zu gehen? Ich habe erklärt, daß, wenn jemand schuld an dem Zusammenbruch hat, dann es die Kräfte gewesen sind, die zum Kriege gehen haben. (Übermäßiger Entrüstungssturm auf der Rechten.) Auf deutscher Seite ist das in der konservativen Presse 1913 geschehen, im April 1913 hat Graf Dard von Warburg sich ähnlich geäußert.

Nach vor kurzem hat der Abg. Schlange in öffentlicher Rede erklärt, Deutschland müsse wieder mit dem Schwerte und seine siegreiche Armee werde dann nicht als eine republikanische Armee, sondern mit dem deutschen Kaiser an der Spitze zurückzuführen. (Stürmische Zustimmung bei den Nat.-Soz.)

Weshalb wie es in Deutschland gemacht worden ist, ist man systematisch auch drüben verfahren. Sie werden dem Minister nicht verzeihen können, hier auf öffentlicher Tribüne die Wahrheit zu sagen. Wie ich zur Schuldlüge stehe, habe ich oft genug erklärt. Ich halte die Behauptung des Verfassers Friedensvertrags, Deutschland habe allein am Kriege schuld, für die größte Geschichtslüge, aber diese Geschichtslüge darf nicht durch eine andere ersetzt werden, sondern sie muß durch die Wahrheit ersetzt werden, wenn es überhaupt ersetzt werden soll, das deutsche Volk von dem furchtbaren Bormwurf zu befreien, daß es die Kleinjuden am Kriege habe. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte, andauernde große Unruhe rechts.)

Innenminister Severing:

Auch mir hat man in der Öffentlichkeit Bundesverrat vorgeworfen und mir unterstellt, ich hätte in Wahlversammlungen von der Schuld Deutschlands am Kriege geredet. Ich habe mich in allen Wahlversammlungen genau so geäußert wie eben der Ministerpräsident. (Lebhafte Hört, Hört! rechts.) Ich habe zunächst hervorgehoben, daß ich mit meiner gesamten Partei und mit allen Deutschen darin einig bin, daß die Behauptung des Verfassers Vertrags eine Schuldlüge ist und ich habe erklärt, unseren Einfluss in der Sozialdemokratie benutzen zu wollen, um diese Lüge als Lüge zu kennzeichnen; aber ich habe, wie der Ministerpräsident, hinzugefügt, daß die kaiserliche Politik bis 1914 mit der Atmosphäre geschaffen hat, die im Juli 1914 zum Kriegsausbruch führte. (Stürmische anhaltende Pfuirufe auf der Rechten.) Ich habe am vorigen Sonntag die Freude gehabt, in einer Versammlung, in der der Gouverneur Dr. Schnee, Mitglied der Deutschen Volkspartei, und der Professor Dehmann auftraten, beide Redner meine Auffassung der Kriegsschuldfrage vollständig teilen zu hören. (Große Unruhe rechts.)

Zu meiner Genugtuung sprach auch der Gouverneur Schnee von einer Schuld der deutschen Politik vor dem Kriege. (Große Unruhe und stürm. Widerspruch d. d. Deutschen Volkspartei.)

An dem Zusammenbruch trugen in erster Linie hoch meiner Meinung diejenigen die Schuld, denen das politische Augenmerk abhanden gekommen war. Professor Dehmann tat auch eines Flugblattes aus Amerika Erwähnung, in dem dargelegt wurde, daß die Interalliierten im Jahre 1918 mit 50 großzügigen Plänen fertig gewesen seien, daß die Tanks und die Luftgeschwader im Frühjahr 1918 die deutschen Städte vernichtet hätten. (Erneuter heftiger Lärm und Widerspruch. Rufe rechts: Das hat er ganz anders gesagt!) Wer an diesen Feststellungen vorbeizugehen meint, ist entweder ein Idiot oder ein Narr. (Erneuter Entrüstungssturm rechts. Rufe: Alles unwahr!)

Um nun zu dem eigentlichen Thema des Tages überzugehen, so beglänze ich mit dem Bedauern, daß die Deutsche Volkspartei schon auf dem Abg. Stendel gekommen ist. (Gelächter rechts.) Wer hat nun die Führung, Herr v. Campe oder Herr Stendel? Herr Stendel behauptet, die Deutsche Volkspartei habe im Wahlkampf ganz deutlich gesagt, daß sie mit der Großen Koalition nichts mehr zu tun haben wolle. Herr v. Campe hat noch am 4. November in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wahre Lobeshymnen auf sie angestimmt. Herr v. Campe hat jetzt nicht die Deutsche Volkspartei selbst für ihre Schwankung, sondern er hat einen Artikel der „Börsen Zeitung“ dafür verantwortlich gemacht. Tatsächlich hat die „Börsen Zeitung“ dauernd den Gedanken der Großen Koalition vertreten, aber Herr v. Campe scheint dieses Blatt aufmerksamer zu lesen als seine eigenen Parteiorgane. Die Auslassungen der „Zeit“ und der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ vertragen sich kaum noch mit den Grundfragen der Koalitionspolitik. In der „Düsseldorfer Zeitung“ war schon am 2. September vorigen Jahres zu lesen, daß die Deutsche Volkspartei es nicht ertrage, Braun, Severing und Siering an ihrem Platz bleiben zu lassen, und die „Zeit“

hat in den letzten Monaten vor der Auflösung und vor der Krise Zuschriften gegen mich von Seiten aufgenommen, gegen die selbst die gütigsten Ausfälle der Deutschpöhlischen zurücktraten.

Im Wahlkampf selbst hat die Deutsche Volkspartei ein Flugblatt verbreitet, dessen Anmahnen, soweit sie gegen mich gerichtet sind, auch von den Bekundungen der Deutschpöhlischen nicht überboten werden konnten. (Heftige Zurufe rechts.)

Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich im Interesse des inneren Friedens ein Gegner aller dieser Organisationen bin, wie „Stahlhelm“, „Jungdeutscher Orden“ auf der einen, „Reichsbanner“ auf der anderen Seite — den Keulungen ist das vielleicht eine Überraschung, aber die alten Mitglieder der Dsp. könnten doch wissen, daß ich jede Gelegenheit benutze, um dem Ausdruck zu geben. (Erneute Zurufe rechts.)

Gegen den General v. Ledebour habe ich mich in jener Versammlung gewendet, weil er herabsetzende Bemerkungen gegen das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ machte und ich mich für verpflichtet hielt, darauf zu antworten. (Auf rechts: Das Reichsbanner ist eine Landplage! — Leb. Zustimmung rechts.) Wenn Sie das Reichsbanner wären, würden Sie anders reden. In meinem Heimats- und Wahlkreis Herford ist leinzeit der konservativen Führer und Kreuzzeitungs-Chefredakteur Freiherr v. Hammerstein aufgestellt worden. (Große Unruhe rechts. Zurufe rechts: Die Kamellen! Hammerstein hat bloß Privatgelber, keine Staatsgelber unterschlagen!) Herr v. Hammerstein trat im Verein mit dem Hofprediger Stöcker als Volksversammlungsvorsitzender auf und Stöcker hat ihn in diesem Wahlkreis den Wählern als den lautesten Mann vorgestellt, den die Konservativen aufzuweisen hätten!

In einer Broschüre, die der deutschnationale Abg. Reichhoffel im Wahlkampf verbreitet, wird mir auch nachgesagt, ich hätte Bundesverrat geübt, denn ich hätte in diesem Hause am 11. April 1920 von den bewaffneten Einwohnerwehren gesprochen. Ich habe damit nur festgestellt, was in ganz Preußen jeder wußte und was die Militärs noch besser wußten als ich. Meine erste Aufgabe als Minister bestand darin, die im Westen gelegentlich das Rapp-Buffches entstandenen Arbeiterwehren aufzulösen.

Die Auflösung der Einwohnerwehren ist aus von der Reichsregierung duempfohlen und wir sind dazu entsprechend angewiesen worden, aber ich habe auch aus innerer Überzeugung dieser Anweisung entsprochen, weil es nach meiner Ansicht in Preußen nicht möglich ist, bewaffnete Organisationen derart zu dulden und ich bin als preussischer Minister, der die Verfassung beschworen hat und sie hüten muß, auch in dieser Beziehung maßsam geblieben.

Der Minister gibt eine Reihe von Beispielen, um den Zusammenhang der Verschwörerorganisation zu erweisen, so auch das Zusammenarbeiten des „Stahlhelms“ und anderer Organisationen mit der Technischen Rottkiste. (Zuruf rechts: Jetzt aber das „Reichsbanner“!) Der Minister teilt dann einen Bericht eines Oberleutnants in Neudenburg an die Freikorpspartei mit, wonach diese „Ritter Medenburgs“ ihren Eltern Silbergerät „gestohlen“ hätten und auch sonst über bezaubert waren, und wonach 60 von ihnen aus dem Gefängnis gekommen seien wegen Rotzucht usw. So sehen vaterländische Verbände aus. Im vergangenen Jahre haben mich Herren der Volkspartei gebeten, gegenüber gewissen Vorgängen, besonders in Brandenburg, ein aufrichtiges Auge zu haben. (Hört, hört!) Heute ist es anders. Wachen Sie mir wegen meines Vorgehens keine Bormwürfe.

Hätte ich nicht so eingestellt, so wäre es mit jeder Staatsautorität vorbei. Nach der Reichsinnenausschuss hat mich auf die Gefahren gewisser vaterländischer Organisationen aufmerksam gemacht.

Nun zur Personalpolitik! Die Hinzunahme von Außenleitern soll die Verwaltung unzuverlässig gemacht haben; dabei haben die Herren der Deutschen Volkspartei selbst Außenleiter empfohlen. Bei der Auswahl soll ich nicht die nötige Sorgfalt beobachtet haben. Den Bormwurf kann ich der Deutschen Volkspartei zurückgeben. Ich erinnere an einen Herrn, der sich an die Deutsche Volkspartei heranwandte, um ein Landratsamt zu bekommen. Als das Herr Siegfried Weber von mir nicht erhielt, hat er dann in der „Kreuzzeitung“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ Artikel erscheinen lassen. (Zuruf der Deutschen Volkspartei: Der Mann ist von uns nie empfohlen worden!) Der „Tag“ schreibt, der Endkampf werde schließlich gegen die Lüge geführt. Das unterschreibe ich. Ihre (nach rechts) Lügen gegen mich reichen nicht an meine Zustippen. (Lärm rechts.) Börsische Zeitungen haben mich der Beziehung mit Spiechern beichtigt und eine Reihe von Namen angegeben, mit denen ich nie etwas zu tun gehabt habe. Der Redner trägt unter anhaltenden Widerspruchsbomben der Rechten Beispiele vor. Hermann Sling hat gesagt, Gemeinheit verrede schließlich an sich selbst. Ich habe ein gutes Gewissen und schreie vor der deutschnationalen Lüge nicht zurück. Der psychologische Moment für eine Rechtsregierung soll jetzt gekommen sein. Reines Erachtens ist eine stabile Regierung nur zu schaffen auf dem Boden der großen Koalition. (Stürmischer Beifall in der Mitte. Inhaltende Widerspruchsbomben rechts.)

Abg. Dr. Preuß (Dem.)

weist die Gründe der Deutschen Volkspartei für Sprengung der großen Koalition als nicht stichhaltig zurück. Weil der Bormwurf der Korruption erhoben wurde, ob wahr oder unwahr, soll die Koalition verschwinden. So kann man nicht argumentieren. Hat sich doch auch Herr Streseman angreifen lassen müssen wegen eines Schwiegervaters, den er gar nicht besaß. Herr v. Campe war flüger als Herr Stendel; er hat die Rechtsfrage in den Vordergrund geschoben. Die Deutsche Volkspartei nimmt hier lediglich eine Hilfsaktion für die Reichspolitik vor. Die nötige Mehrheit für ein Mißtrauensvotum ist nicht so einfach da, somit hätte man ruhig auf die verfassungsrechtlichen Entdeckungen verzichten können. Außerhalb des Hauses ist in der ganzen Jurisprudenz die Meinung vertreten, daß Artikel 45 in der Auslegung keinen Zweifel läßt. Auch Haffner und Schwarz sagen, daß die Renonciation des Landtages kein neues Staatsministerium erfordert. Der Vergleich mit dem früheren monarchistischen Staat hinkt auf beiden Beinen. Mit voller Absicht hat der Verfassungsgeber den Sturz einer Regierung sehr erschwert. Wie sind denn nun die Wahlen ausgefallen? Die einzige Geschlagene ist doch die Deutsche Volkspartei, und nun kommt sie her: Wir sind die Sieger und wünschen eine neue Regierung. Und das Zentrum sucht die Deutsche Volkspartei jetzt — ich suche einen parlamentarischen Ausdruck für „vergewaltigen“ — sucht sie jetzt — zu sich hinüber zu ziehen. (Heiterkeit.)

Die Volkspartei will nicht mehr eine Brücke vom Alten zum Neuen, sondern umgekehrt. Ich würde es für logisch halten, die Bildung der Regierung der Republik den Republikanhängern zu überlassen.

Im parlamentarischen System muß man sich seine Leute ansehen, um zu beurteilen, wessen Erklärungen man glauben kann und welchen nicht. Erklärungen haben allein keinen Wert! Wenn man Verfassungslehre an die Spitze der Regierung stellt, so muß ja auch dem Ausland die ganze deutsche Republik als Altrappe erscheinen, zumal wenn ein Mann darunter ist, der den Eid auf die Verfassung verweigert hat. (Sehr richtig! in der Mitte.) Für die neue Realmonarchie im Reich wollen Sie Preußen stubenrein machen auf dem Wege der Verfassungsauflösung. Das ist ein langer, säuerlicher Weg, der wohl kaum zum Siege führt. Der Reichspräsident hat die bewundernswürdige Selbstüberwindung geübt, ein Ministerium der Rechten zu ernennen. (Lachen rechts. Zuruf: Denken Sie an die Mehrheit!) Haben Sie (nach rechts) vielleicht eine Mehrheit? Doch nur durch die Duldung des Zentrums! Duden kann man aber unter Umständen etwas, was man zu tun ablehnt. In Preußen kommt es aber auf das Tun an, nämlich auf das Wählen! Selbige es wirklich, das Ministerium Braun lozuziehen, so ist die einzige mögliche Koalition die alte Weimarer. (Unterbrechungen links und rechts.) Wenn im Reich die deutsche Republik zu einer Rechtsregierung gelangt ist, so ist schuld daran der Mangel an Energie. Die Aufgabe Preußens muß es sein, dieselbe Entwicklung für Preußen zu verhindern. Preußen muß Schutz des Reiches sein gegen die Reaktion. (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Abg. Freiherr v. Mungenheim (Wirtschaftspart., D.-Hannon.): Der Kampf um die Regierungsbildung in Preußen hat sehr merkwürdige Formen angenommen. Man streitet sich, in welcher Richtung eigentlich am 7. Dezember der Volkswille gegangen sei. Die Deutsche Volkspartei hat die große Koalition in den Himmel gehoben und dann erklärt, diese Koalitionsregierung müsse weg. Ebenso eigenartig ist das Bsp., welches die zur Regierungserklärung gestellten Anträge bieten. Die Deutschnationalen haben jetzt ein Mißtrauensvotum gegen die sozialdemokratischen Minister beantragt; hat denn plötzlich der Landwirtschaftsminister Dr. Bendorff ihr Vertrauen? Das Verwundigste ist jedenfalls der Antrag der Nationalsozialisten, den auch eine Reihe Deutschnationaler unterstützt hat, den sämtlichen Ministern das Vertrauen zu bekunden.

Ist ein solches Vorgehen mit einem nicht ernst gemeinten Vertrauensvotum noch anständig zu nennen? (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Der Antrag v. Campe, der erklären will, daß der derzeitigen Regierung die verfassungsmäßige Grundlage fehle, sind beachtenswerte Gründe entgegengehalten worden. Wir werden uns hier der Abstimmung enthalten. Wir werden uns nach keiner Richtung festlegen, sondern uns der weiteren politischen Entwicklung gegenüber durchaus abwartend verhalten.

Ein Schlußantrag, den hierauf Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum einbringen, wird abgelehnt gegen die Stimmen der gesamten Rechtsparteien und der Kommunisten. Nach Angriffen des Abg. Schwend-Berlin (Komm.) wird darauf ein erneuter Schlußantrag angenommen.

Im Schlußwort zum Antrag der Deutschen Volkspartei stellt Abg. Dr. v. Campe fest, daß der Gouverneur v. D. Schnee das Gegenteil von dem gesagt habe, was ihm Herr Severing habe sagen lassen. Auch bestehe zwischen seinen Ausführungen und denen des Abg. Stendel nicht die geringste Differenz. Auch bezüglich der Äußerung des Ministerpräsidenten bezüglich der Kreise, die zum Kriege gehen hätten, sei festzustellen, daß jene Äußerung sich nur auf inländische Kreise bezogen habe. (Große Unruhe.)

In persönlicher Bemerkung teilt sich Abg. Walle (Nat.-Soz.) mit den gegen ihn gerichteten Bemerkungen des Ministerpräsidenten und des Ministers Severing aneinander.

Ministerpräsident Braun tritt dem Abg. Walle entgegen, der nur die neuen Methoden, politische mißliebige Männer zu vernichten, fortgesetzt habe.

Durch die Bemerkungen des Ministerpräsidenten wird eine weitere Aussprache veranlaßt, in der Abg. Vogt (Nat.-Soz.) erklärt, der Ministerpräsident habe lediglich als Parteimann und internationaler Sozialist gesprochen. Das Kabinett Braun sei nur noch ein Sinnbild politischer Charakterlosigkeit. (Große Unruhe links.)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen wird die Abstimmung auf Freitag vertagt. — Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen keine Vorlagen. Schluß 8 Uhr.

Lavaren (Lavarenium solub.)

das beste Haar-Pflege- und Waschlittel. Packung 0,80 Gm. Gedrückt in den Geschäften, welche die Lavaren-Plakate anbrachten. Vertreter: E. W. Wunderlich, Berlin D. 34, Gubener Straße 47.

Spröde u. rote Haut

Ausspringen der Hände und des Gesichts, Mundlein und unruhiges Lein. Dieses bewährte Haut-Heilmittel erhält Sie überall, wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen.

Leokrem

Henko

Henkel's Wash- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Lessings Sohn.

Zu Gotthold Ephraim Lessings Geburtstag am 22. Januar.

Die starrlose Kälte der Silvesternacht von 1777 durchweht der Sturm; feht weiße Bänder von der Schneehaube des Mansarden- daches der Bibliothekarwohnung vor der fürstlich braunschweig- lichen Hofbücherei zu Wolfenbüttel; reißt sich pfeifend am Berpuy der niederen Wände; rasselnd am Regenrohr; klappert mit schnee- gefüllten Dachpfannen; reißt, heißt, zerrt und rüttelt an geschlossenen Fensterrahmen; gellt, wimmert und heult durch den Kamin; preßt beizenden Rauch hinein in das mäßig erhellte Zimmer des Erdgeschosses, in dem ein angehender Fünfziger sich zwischen ein Bett und einen Tisch gebannt fühlt, auf dem Lintenzug und Brief- papier liegen. Die Feder emittiert der Hand des Mannes. Er wendet sich einem dunklen Bandauschnitt zu, dem Lirrahmen des unerschollenen Nebenraumes. Das ungepuderte, lockige Braunhaar durchwirrt erst wenige graue Fäden, und doch ist die mittelgroße aber stattliche Gestalt unter den Druck unsichtbarer Lasten gebeugt. Er zögert an der Schwelle des finsternen Gelasses, zaudert, überschreitet sie nicht. Stützt sich am Posten und sticht mit grübelndem Auge in die Schwärze des Lirrahmens. Drüben erkaltete vor wenigen Tagen die heißeste Hoffnung, das Weihnachtsgeheimt seines Lebens, sein Sohn, der draußen unter den gestorenen Schol- len der Friedhöfserbe im kurzen Kinderlapp — — — Er kann den Gedanken nicht beenden und dennoch das quälende Erleben nicht aus der Welt denken: Er, Gotthold Ephraim Lessing, hatte einen Sohn. Er hat ihn nicht mehr und wird keinen zweiten jemals haben.

Kummervoll wandern seine Blicke zum Bett gegenüber dem Tisch, haften auf den todtblauen Zügen, den entfarbten eingesunkenen Wangen der Frau in den Kissen. Er tritt näher und ergreift die blasse, abgekehrte Hand, tastet nach dem Puls, der klein, schwach, hilflos und unregelmäßig klopft; neigt sein Ohr auf die farblosen Lippen, über die kaum spürbar und immer zögernder der Hauch des Atems gleitet; blickt auf die geschlossenen Lider mit dem zarten blauschimmernden Seider; horcht nach dem Herzen. Nichts ist auf. Das ist kein Schummer der Ermattung, der Frau Eva einhüllt, das ist süßer als Schlaf, tiefer als Traum, milder als Wissen. Ist Bewußtlosigkeit. Das ist Liebergang zur Genesung oder Vorbote des Verwehens ins Innergründbare.

Kraftverlassen sinkt Lessing am Beistand nieder, birgt die heiße Stirn in die kühlere Hand der spät errungenen Gefährtin seines Kampflebens. Wird er die Mutter noch sich ziehen, der kleine Schelm, sein Sohn? Wie ein Kerglein war er aufgelaufen in den Weihnachtsabend, wie ein Lichtlein verlöscht, noch ehe er geleuchtet. Wie war diesem Kindesleben entgegengehofft, entgegengetraut, entgegengebangt worden! Verjüngender Sonnenschein sollte dieser Knabe werden, freundlicher Weltganz in der bürstlichen Verlassenheit jenes Wolfenbüttel, auf das sich der Kammerer Pfarrersohn zurückgezogen hatte wie auf ein Eiland der Stille; zurückgezogen nach dem Umgetriebenenwerden der bewegten Jahrzehnte in Leipzig, Berlin, Breslau und Hamburg.

Oh, wie hätte er jetzt diese breiterstrahlige dörfliche Stadt, wie verachtete er jetzt diesen Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand, der mit ihm, dem „praecceptor germaniae“ — dem Lehrer der Deut- schen — im „Ausland“ prunken wollte. War das des Dichters der „Minna von Barnhelm“, der „Emilia Galotti“, war das des Ver- fassers des „Raubsohn“, der „Hamburgischen Dramaturgie“, war das seiner würdigen, Bücherwart zu sein eines Menschenhändlers, der seine Bandesfinder zu tausenden an die Engländer verkaufte, der ihm das freie Manneswort zu verbieten die Nacht hatte und es auch tat? Bitterkeit riß ihn würgend empor. Wie starrten die einst herrlich strahlenden Augen: Die Summe eines deutschen Dicht- ter- und Gelehrtenlebens? — Ein toter Sohn, ein sterbendes Weib!

Das übergepeinigete Herz rast gegen die Rippen. Schwer tastet er an den Tisch, auf den Tisch. Die weichen Federn knicken in der harten Hand, die den ewig demütigen Brief an den Freund formt: „Rein lieber Eschenburg! Ich ergreife den Augenblick, da meine Frau ganz ohne Besonnenheit liegt, um Ihnen für Ihren gütigen Anteil zu danken. Meine Freude war nur kurz, und ich verlor ihn so ungern, diesen Sohn! Denn er hatte so viel Verstand! so viel Verstand! ... War es nicht Verstand, daß er die erste Gelegenheit ergriff, sich wieder davonzumachen? ... Ich wollte es auch einmal so gut haben wie andere Menschen. Aber es ist mit schlecht bekommen.“

Im Schmollwinkel.



„Mich scheinen Sie ganz vergessen zu haben!“

Zehn Tage darauf drückte der Tod des anderen liebsten Men- schen dem Dichter abermals die Feder in die Hand: „Meine Frau ist tot, und diese Erfahrung habe ich nun auch gemacht.“ Er selbst trug damals den Todesseim bereits in sich. Eine Erfahrung zu machen hatte ihm das Leben noch aufbewahrt: die Geburt eines unsterblichen Sohnes des Geistes — — Nathan den Weisen. Walter Bähr.

Wie in Amerika politische Schlagworte entstehen. Viele der bekanntesten Ausdrücke in der amerikanischen Politik verdanken ihren Ursprung gewissen Scherzen, die erst in einzelnen Gegenden bekannt waren und sich dann über das ganze Land verbreitet haben. Heute gibt es z. B. in Amerika keine Wahl, bei der nicht ein triumphierend lächelnder Hahn irgendeine Rolle spielt. Damit hat es folgende Bewand. Es gab einmal im Staate Indiana einen eifrigen Politiker namens Chapman. Er war in der ganzen Gegend bekannt durch seine plötzliche Fähigkeit, das Krähen des Hahnes nachzu- ahmen. Wenn nun seine Partei einen Sieg erfochten hatte, pflegte er zum Jelen der Freude ein besonders schönes Krähen anzu- stimmen. Eines Tages schickte jemand einer Zeitung in Indiana eine Notiz über Chapmans Hahn, der nun seine Kunde durch die gesamte amerikanische Presse machte und zur nationalen Berühmtheit wurde. Ein ähnlicher Fall spielte sich einmal im Staate Massachusetts ab. Der Gouverneur Gerry befaß ein fabelhaftes Geschick, die Wahl-

bezirke geometrisch so abzugrenzen, daß seine Gegner von vornherein zur Niederlage verurteilt waren. Genaue erklärte in einer Ver- sammlung der Redner, daß einer dieser schönen Wahlkreise aussehe wie ein Salamander. Darauf erfolgte der Zwischenruf: „Nein, Gerrymander“. Seitdem ist dies Wort in Amerika viel gebraucht worden, wenn eine raffinierte Wahlkreiseinteilung gefennzeichnet werden sollte. Einem ähnlichen zufälligen Scherz verdankt auch der Name „Uncle Sam“ seine Entstehung. Der historische Daniel Sam hieß Samuel Wilson und war im Jahre 1812 Kupferer in einem Regierungsamagazin. Die Waren, die bei ihm eingeliefert wurden, trugen nun als Staatsgut die Bezeichnung U. S. (United States). Ein Arbeiter, der diese Abföhrung nicht verstand, fragte den Auf- seher, was sie bedeute. Wilson erwiderte lachend: „Uncle Sam Wilson“. Der Scherz ging von Mund zu Mund, kam bald in die Presse, und so ist Uncle Sam, wie der „New York Herald“ pathetisch schreibt, die Personifikation des Genius des amerikanischen Schick- sals“ geworden.

Der kleinste Brief der Welt. Ein Wunderwerk von Mikroskopie ist soeben dem wissenschaftlichen Smithsonian-Institut übergeben worden. Es handelt sich um einen Brief, der zwar 44 Worte lang ist, aber dennoch so klein ist, daß man ihn in einem Nadelöhr unter- bringen kann. Früher war die Kunst der Kleinschrift bekanntlich nicht nur sehr geliebt, sondern bis zu großer Vollkommenheit aus- gebildet. In London in dem Museum befindet sich ein Kirchföhrer, auf dem das ganze Baiserufer in einer Schrift untergebracht ist, die mit Vergrößerungsglas sehr gut lesbar ist. Bekannt sind auch diese berühmten kleinsten Bücher der Welt, die gleicherweise nur mit einer Vergrößerungslinse gelesen werden können. In Deutschland gab es, wie man sich noch erinnern wird, vor dem Kriege sogar ein Konversationslexikon, das fabrikmäßig in Massen hergestellt wurde, und trotzdem so klein war, daß es in einer kleinen Pappe als Uhr- anhängen getragen werden konnte. In der Pappe selbst war eine Linse eingeschlossen, so daß man das ganze Handwerkszeug bei der Hand hatte, wenn man das Buch lesen wollte. Bei einer Verleige- rung wurde vor mehreren Jahren eine Postkarte ausgeben, auf der sich der ganze erste Gesang von „Hermann und Dorothea“ be- fand. Er war so abgeföht, daß er schon mit geringerer Vergrößerung gelesen werden konnte. Der kleinste Brief der Welt, von dem oben die Rede ist und der das neueste Erzeugnis dieser seltenen Fertig- keit darstellt, ist allerdings noch in viel kleineren Buchstaben ab- geföht, denn er muß öftmal vergrößert werden, damit man die einzelnen Schriftstücke auseinander halten kann. Der mikroskopisch hergestellte, gratierte Brief bedeckt einen Flächenraum von ein zehntausendstel Teil eines Quadratfußes. Der Verfasser teilt in dem Schreiben mit, es sei ein in aller Eile angefertigtes Muster von Mikrogravierung. Er hoffe jedoch, daß die Mitglieder des Direk- torenrates, die zur Jahresversammlung zusammenzutreten, sich einen Augenblick dafür interessieren werden.

Von der Macht der Töne. Der französische Arzt Rouillon- Bonaise, der sich mit der Wirkung der Musik auf Kranke beschäftigt, erwähnt dabei auch interessante Beobachtungen über den Ein- fluß der Musik auf Pferde, die in der „Almschau“ wiedergegeben werden. Das Pferd ist sehr musikalisch. Seine ganze Haltung, Kopf, Ohren, Schwanz beweisen, daß es von der Musik völlig in Anspruch genommen wird. Manche Pferde lassen kein Auge von den Musik- lanten. Andere bleiben ganz unbeweglich stehen. Nur furchtsame und scheue Tiere werden zunächst unruhig, schreien und weichen be- wußtlich die Richtung der Ohren, bis sie sich an die Musik gewöhnt haben. Jedenfalls scheint es, daß die Musik den Pferden nicht un- angenehm ist, denn sie zeigen keine Unruhe. Des Wertvollste aber ist, daß die durch die Musik hervorgerufene Erregung stark auf die Nase und die Eingeweide wirkt; schon bald nach den ersten Tönen sieht man sie in dieser Richtung zittern. Bei manchen kommt es auch zu starken Gasexplosionen. Dieser Einfluß der Musik ist bei jungen Pferden ausgeprägter als bei älteren. Auch die Gemohnheit spielt dabei eine gewisse Rolle.

Ein Fest der Gattienliebe. In den Festen, die das indische Volk alljährlich feiert, gehört auch ein Fest, bei dem die Gattin dem Ehe- mann zündet. Die Rituale dieses Festes der ehelichen Liebe bestehen zunächst darin, daß die Frauen ihren Ehegatten die Füße waschen und trocknen und sodann die Männer mit Blumenkränzen bekränzen. Auch in den Tempeln opfern sie Blumen, und während die Dächte des verbrannten Sandelholzes zu den Altären aufsteigen, stehen die Frauen die Götter um Gesundheit und langes Leben für ihre Ehegatten an.

Das Fest der Liebe.

3] Von August Stramm.

„Scheuen Dank ooch ... kheenen Dank ooch ... Herr Besty- brödelnd ... un 't wisch ooch 'n ganz erbebenfes Christfest ...“ hopte der Buckel dem Davonreitenden nach und stieß mit dem Fuß hinterher und lachte immer mätiger: „Na seht 'r ... seht 'r nu? ... Na muß doch wissen mit de Menschen umzugehen! ... dann is allens nich so schlimm!“ und er lachte und freute sich, „un Geld ... Geld ... hu ...“ er stockerte mit den selbstverlorenen Fingern in der Westentasche rum ... „däs war ä Beschnurre un ä Befelle da berdrin in de Winden ... m'r kunn rein nich wieder rausfinden ...“ da jab 's kee Zeit nich für unsereens ... und ...“ er holte ein Stück Speck, zwei Brotkranten und einige Kupferstücke vor und wies sie dem mürrisch knurrenden Allen hin.

„Nei ... nei ...“ lachte der Krüppel, „s wird ooch nich mehr durch's Fehurren! ... Kunnst m'r ausziehen bis uff de Knochen ...“ wird nich mehr ... un wenn 't vor dir sieh wie 'n ausjewolchener Engel ...“

Der Alte riß ihm unwillig einen Purfcher aus der Hand und einen Brotkranten und biß rein, den Marsch wieder aufnehmend. Der Buckel gab dem Grünling lachend auch einen Purfcher, biß ein Stück Speck ab, ließ den Grünling ebenfalls beißen und überreichte den Rest mit einer lustigen Grimasse dem Allen: „Hier ... eier Knochen ... wenn 't dir den Abend deines lippigen Lebens ver- schenken darf ...“

Kauend kämpften sie sich weiter. Der Sämer wurde immer dichter und das Tageslicht immer trüber. Rechts und links an der Straße tauchten vereinzelt Häuser auf; der Krüppel hauchte ver- schiedenlich an, aber es waren „Inse“ Winden.

Kurz hinter einem Hause begegnete ihnen ein kleines Mädchen. Den Kopf hielt in ein Tuch gewickelt und mit beiden Händen mühsam eine große mit weichem Leinen sorglich überdeckte Platte vor sich her tropfend.

„Na, Kleene,“ lachte sie der Buckel an. „Is 's schwer? ... Was hast denn Scheen's? ... hä?! ... hat däs bei Rubber kbaden ... däs Zeips?!“

Die Kleine blickte ihn sehr an und wollte vorüber gehen. „Aber nu laß doch mal sehn, Mauselen,“ und der Buckel hob einen der mit Nadeln festgesteckten Tuchzipfel auf, „ei der Daus ... ei ... nei ... is däs ab'r scheene! ...“ Das Wasser lief allen Dreien im Munde zusammen.

Das Kind stand verflücht und starrte die verwehten Gestalten an, die mit gierigen Rüstern de warmen Ruchenduft einjogen.

„Un so schwer zu drogen ... so 'n kleen's Birmchen! ... habt 'r noch mehr dervon derheeme?!“

„Ree,“ meinte das Kind weinerlich, „dät 's Rubber ihr eengjen!“

„Ach Jodde doch ... nei ... du armes Birmchen!“ bedauerte der Krüppel, brach mit einem kräftigen Ruck den Ruchsen halb durch, klappete die Hälfte noch mal zusammen und ließ die Stücke in der Schlapptasche verschwinden: „dann will 't dr ooch de Hälfte lassen, bademitt de was je bubbein haßt uff de Feiertage ... Rauschen! ... Un prüß m'r bei Rubberchen recht scheene ... beerst du ...“ und er klopfte dem sprachlos ihn anstarrenden Mädchen auf die Wade, „und m'r sagen ooch scheen Dank un m'r lass'n de meiste Feiertage wirtschen!“

Er lachte und alle drei trauten die Straße entlang, das Gefrüll des zum Verständnis kommenden Kindes klang ihnen nach.

Die Häuser standen weit auseinander und die Straße war leer. So fühlten sie sich bald sicher und nahmen ihren alten Schritt wieder auf.

„Kunnern,“ lachte der Buckel, „seht noch ne Buddel Coroff un m'r ho'm 'n Fest ... 'n Fest ...“

Der Grünling sagte gar nichts; er stierte und schritt neben dem schweigensamen Allen einher. Der Buckel klopfte ab und zu mit stillem Rühren auf die Tasche und schritt kräftig aus.

Der Abend war schnell heringebrochen, und in kurzer Zeit war es so dunkel geworden, daß sie sogar mehrfach den Weg verloren hatten und gegen einen Baum gerannt waren. Endlich blieb der Alte schwer aufatmend stehen:

„s geht halt nimmer!“

Die anderen sagten gar nichts.

Vor ihnen im Schnee tauchte eine dunkle Masse auf, die Mauer eines kleinen Gebäudes.

„Werd m'r de Gelegenheit mal ansehen,“ rächte der Buckel, „wenn nur keine Töle da is!“

„Gehn m'r ersich rum,“ knurrte der Alte, und alle drei tasteten vorsichtig die hintere Mauer des Gebäudes entlang.

Der Alte wies nach oben, wo bei starkem Hinsehen die Umrisse einer niedrigen Luke zu erkennen waren. Ohne ein Wort zu sagen, stellte der Alte den Grünling fest an die Wand und kletterte unter Stöhnen, Geknurr und Gestuch auf dessen Schultern. Zweimal fiel er wieder herunter. Das dritte Mal gelang es ihm, die Luke zurück- zustoßen und den Sicel, der sie von innen mangelfest verschloß, mit dem mühsam vorgehaltenen Messer zu durchschneiden. Langsam öffnete er und sog den ihm entgegenströmenden warmen Stallduft ein. Das Stroh des Heubodens raschelte unter seinen Händen. Mit einer letzten mächtigen Anstrengung schmeuerte er sich als gerade ein Windstoß einsetzte, an der rauhen Mauer mit den Füßen hoch und

war drinnen im weichen Stroh. Behutsam spähte er durch die Spalten, die von unten einen schwachen Lichtschimmer durchließen. Ein Gaul scharrte vor der Krippe und in einem kleinen Eckerschlage grunzten bedächtig zwei Schweine.

Herrlich war's in der Wärme und dem Stroh und er redte und dehnte sich! ... Aber die anderen standen noch draußen und der eine hatte sogar Ruchsen bei sich. Mühsam knüppelte er die beiden Enden des durchschnittenen Strides wieder zusammen, schlang sich das eine Ende um die Hand, legte sich platt auf den Bauch und ließ den Strid herunter. Nach kurzer Zeit erschien der Grünling stöhnend und heuchend, mit Händen und Füßen arbeitend, in der Maueröffnung und wurde vom Allen heringezogen.

Dann hing der Strid wieder ... der Buckel meldete sich nicht. Knurrend steckte der Alte den Kopf aus der Luke. Von dem Krüppel war nichts zu sehen. Rechts vorne aber fiel aus einem Fenster des Wohnhauses ein heller Lichtschein und dicke helle Dampfwolken strömten daraus hervor. Der Alte schmeißte. Das Wasser lief ihm im Munde zusammen. Da wurde plötzlich ein Kopf vor dem Fenster auf, dann machten zwei Arme eine rasche Bewegung durchs Fenster ... und kurze Zeit darauf fühlte der Alte ein Zittern am Strid. Er zog an und der Grünling haß, „Sachteten,“ lächelte der Buckel, „sachteten,“ als sie ihn unter die Arme packen und hinein- werfen wollten. Es klang so besonders, daß sie ganz vorsichtig zu- saßen. Der Krüppel rutschte auf dem Bauche herein und sicherte leise vor sich hin.

„Hodt die Goshel!“ knurrte ihn der Alte an und verschloß die Luke wieder mit dem Strid. Alle drei streckten sich ins Stroh und räkelten sich, leise und vorsichtig sich einmühsend. „Hu ... hu ...“ sicherte der Buckel ... „is däs scheen hier und ...“ er spähte durch die Rippen nach unten ... „ah ... ä scheen's Pferdchen ... ä fein's Pferdchen! ... nu nei ... ruh'g ... nei ... m'r dhun dr' nich! ...“ meckerte er, als der Gaul neugierig nach oben lugte. „M'r hier ...“ sagte er dann, „hier ...“ und er hielt dem Allen etwas unter die Nase. „Kunnst de däs?“

Der Grünling wieder und schob mit einem Ruck hoch. Aber der Buckel hatte schon wieder weggezogen und lachte: „Jannoll ... Biederchen! ... Coroff! ... echter Coroff! ... beinah 'ne ganze Buddel! ... hul ... nu beer mal!“ ... und es gluckste. Der Alte tastete aufgeregt nach ihm hin.

„Ruhig ... ruhig ... isst ha'm! ... ab'r mätzig ... i nur 'n Schluß fier's erste!“ Er reichte die Fische dem Allen, hielt aber das untere Ende mit beiden Händen vorsichtig fest. „Doh“ und er reichte sie in gleicher Weise dem Grünling.

„Un nu ... nei Jungchen ...“ lachte er, „lang mal ein'r sei Schneidling riebert!“

(Schluß folgt.)

